

Es ist mein täglicher Job – das wissen Sie auch –, mich genau darum zu kümmern, dass die gerade genannten Branchen bzw. Unternehmen hier in Nordrhein-Westfalen eine Perspektive haben. Das hat nichts damit zu tun, dass wir uns hier gegenseitig Vorwürfe machen, sondern es ist mein Appell: Rufen Sie Ihre Leute in Berlin an! Es geht – das wissen Sie – um das Thema „abschaltbare Lasten“. Wir warten seit ewigen Zeiten auf eine Verordnung, die das klar regelt, damit auch solche Unternehmen ihren Beitrag zur Netzstabilität bringen können. Das ist vor dem kommenden Winter existenziell wichtig.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Rufen Sie Ihre Leute an! Wir haben seit wenigen Wochen eine Einigung auf der europäischen Ebene über die Kompensierung der zusätzlichen Kosten durch den Emissionshandel.

Darum ist lange gerungen worden. Alle wollten 100 %. Es sind nur 85 % geworden. Jetzt bedarf es einer Umsetzung in der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben gestern die Zeitung aufgeschlagen, und was haben wir gelesen? Bundesumweltministerium und Bundeswirtschaftsministerium haben sich in den Haaren und bekommen keine Einigung hin. Die Entscheidung hier wenige Kilometer weiter in Neuss, dass die Produktion wieder hochgefahren worden ist, wurde in der klaren Erwartung getroffen, dass es auch auf der Bundesebene zu einer entsprechenden Regelung kommt. Es nutzt nichts, wenn es in Brüssel verabredet wurde, in Deutschland aber nicht umgesetzt wird.

Tun Sie etwas, damit die sich nicht noch lange herumstreiten, sondern damit hier für die nordrhein-westfälischen Unternehmen endlich das klare Signal kommt: Wir können weitermachen, wir können investieren, wir können an diesem Standort bleiben und müssen dieses Land mittelfristig nicht verlassen. Es ist Ihre Aufgabe, mit dafür zu sorgen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister. – Weitere Wortmeldungen zu diesem Einzelplan liegen mir nicht vor. Gemäß der interfraktionellen Vereinbarung wird die **Abstimmung** über den **Einzelplan 14 zu einem späteren Zeitpunkt** erfolgen, sodass wir jetzt direkt in den Einzelplan 07 einsteigen können, den ich hiermit aufrufe.

Einzelplan 07 Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport

Es handelt sich dabei um drei Teilbereiche, nämlich „Familie, Kinder und Jugend“, „Kultur“ und „Sport“. Diese drei Teilbereiche werden separat debattiert.

Wir steigen ein in den

Teilbereich Familie, Kinder und Jugend

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Tenhumberg das Wort. Bitte schön.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zehn Monate rot-grüne vorläufige Haushaltsführung, zehn Monate keine gestaltende Politik in Nordrhein-Westfalen, zehn Monate ohne Fortschritt, keine Innovation, zehn Monate Stillstand und Rückschritt, zehn Monate verlorene Zeit für die Kinder und Jugendlichen in unserem Bundesland.

In vielen Bereichen ist Nordrhein-Westfalen in der Nation das Schlusslicht mit der Folge, dass unsere Kinder und Jugendlichen weniger Chancen und Möglichkeiten haben als die Kinder im Rest Deutschlands.

Zehn Monate Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen, das heißt verlorene Zeit für unsere Jugend. Rot-Grün, meine Damen und Herren, ist die Erfindung der Langsamkeit. Den Haushalt verfassungswidrig erst im November des laufenden Haushaltsjahres einzubringen, ist eine grobe Missachtung des Rechts dieses Parlamentes. Kann sich denn bei einer so langen Vorlaufzeit wenigstens das Ergebnis sehen lassen?

(Wolfgang Jörg [SPD]: Das Wahlergebnis, ja!)

Nein, Fehlanzeige auf der ganzen Linie.

Wie 2011 gibt es auch 2012 – das ist letztlich nur eine Kopie – Schuldenaufnahme zulasten der künftigen Generationen. Es gibt keinen erkennbaren Willen, die Zukunftschancen für unsere Kinder und Jugendlichen zu verbessern. Im Gegenteil: Rot-Grün bürdet den Kindern Lasten auf, die die Zukunft düster aussehen lassen.

Neben den ungeklärten Fragen „Wer pflegt uns morgen?“, „Wie kann die Infrastruktur für die zukünftige Generation erhalten bleiben?“, „Wie sollen die jungen Leute aus welchem Einkommen selber vorsorgen?“ bürdet Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen den Kindern und Jugendlichen überproportional zusätzliche Lasten auf. Schulden, Schulden, Schulden. Die junge Generation hier in Nordrhein-Westfalen muss diese unverantwortliche rot-grüne Chaospolitik ausbaden. Dass es auch anders geht, haben wir bewiesen.

(Lachen von der SPD und den GRÜNEN)

Auch andere Bundesländer beweisen das.

Ich weiß, dass insbesondere die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen immer Probleme hat, Zahlen zu lesen. Schauen Sie sich aber die Zahlen von 2005 bis 2010 an, und Sie werden feststellen, dass wir haushalterisch für Kinder und Jugendliche in fünf

Jahren wesentlich mehr gemacht haben als Sie in 39 Jahren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen kann es nicht und will es anscheinend auch gar nicht. Rot-Grün ruiniert die Zukunft der jungen Generation. Rot-Grün senkt die Standards zum Beispiel in den Kitas.

(Demonstrativer Beifall von Britta Altenkamp [SPD])

Rot-Grün verhindert Bildungschancen. Rot-grün ist sprachlos mit Blick auf die Herausforderungen der Zukunft und der Gegenwart.

(Stefan Engstfeld [GRÜNE]: Meine Güte!)

Meine Damen und Herren, der Haushaltsplanentwurf 2012 der rot-grünen Landesregierung stellt ein Armutszeugnis dar. Der Haushaltsplanentwurf ist daher aus kinder- und jugendpolitischer Sicht abzulehnen. Und das werden wir auch tun. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Herr Kollege Jörg.

Wolfgang Jörg (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was die Pharmaindustrie für verrückte Pillen machen kann! Anders kann ich mir diese Ansprache nicht erklären. Oder? Unglaublich!

Fünf Jahre lang Schwarz-Gelb, um es nur noch mal in Erinnerung zu rufen, lieber Bernhard Tenhumberg, mein lieber Kollege. Das bedeutete zum Beispiel das Kinderbildungsgesetz. Da war der Name schon ein Fake. Nichts an Bildung war darin. Es war ein Spar- und Verwahrsgesetz. Wir hatten Zehntausende vor dem Landtag, die demonstriert haben, Hunderttausende im ganzen Land. Dann kam die Wahl 2010, die Quittung dafür, dass man im U3-Bereich keinen Schritt weitergekommen ist, dass man den Kommunen das Geld nicht gegeben hat. Wir haben gestern darüber gesprochen, dass man null Euro in den Bereich investiert hat. Da gab es die erste Klatsche.

Der Ministerpräsident kam abhanden, und zwar in einer Art und Weise, dass er selbst nicht einmal mehr Interviews geben wollte. Peinlich! Zwei Jahre später, als klar wurde, was Rot-Grün vorhat, bekommen wir ein Ergebnis, das sich wirklich sehen lassen kann, und die CDU verliert dramatisch. Wie man sich nach dieser Geschichte und angesichts des Niedergangs der CDU hier hinstellen und eine solche Rede halten kann, ist mir völlig schleierhaft.

(Beifall von der SPD)

Ein bisschen mehr Demut!

Wir haben in Nordrhein-Westfalen – wir haben es gestern gehört – eine Pro-Kopf-Verschuldung, die sich auch im Ländervergleich gut sehen lassen kann. Wir haben auch in unserem Haushalt Konsolidierungsmaßnahmen. Wir haben heute in den Nachrichten hören können, dass wir unser Sparziel wahrscheinlich sogar eher erreichen. Die Argumentationsstränge, die da von Ihnen aufgezeigt werden, halten nicht einmal eine Sekunde einem Druck stand. Das fällt alles in sich zusammen. Lieber Bernhard Tenhumberg, da habe ich mehr erwartet, auch mehr inhaltliche Auseinandersetzung beispielsweise damit, dass wir 100 Millionen € mehr in die Betreuung der unter Dreijährigen gesteckt haben.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Abgeordneter, entschuldigen Sie, würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hafke zulassen?

Wolfgang Jörg (SPD): Ja, selbstverständlich.

Marcel Hafke (FDP): Vielen Dank. – Nun wird es immer so dargestellt, dass die schwarz-gelbe Landesregierung in der U3-Betreuung gar nichts gemacht hätte. Mich würde interessieren, ob die SPD zur Kenntnis genommen hat, dass zwischen 2005 und 2010 die Zahl der U3-Betreuungsplätze von knapp 12.000 auf über 80.000 Plätze erhöht wurde, und wem die SPD-Fraktion das zuschreibt.

Wolfgang Jörg (SPD): Ja, das haben wir zur Kenntnis genommen, lieber Marcel Hafke. Wir sind den Kommunen und dem Bund auch ausgesprochen dankbar dafür, dass sie sich so engagiert haben, wobei das Land nachweislich null Euro dazugetan hat. Auf dem Krippengipfel gab es

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

– herzlichen Dank für die Steilvorlage! – eine Vereinbarung: Ein Drittel zahlt der Bund, ein Drittel zahlt das Land, und ein Drittel zahlen die Kommunen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Und von den Bundesmitteln wurde noch etwas abgezogen!)

Marcel, ich habe damit gerechnet, dass solche Zwischenfragen kommen. Deshalb möchte ich noch einmal – mir glaubst du ja wahrscheinlich aus parteitaktischen Gründen nicht; das verstehe ich – die „Süddeutsche Zeitung“ von gestern zitieren. Darin konnte man lesen:

„So investierte Nordrhein-Westfalen bis zum Jahr 2010 keinen einzigen Euro aus Landesmitteln in den Ausbau U3.“

(Zuruf von der SPD: Das ist Ihre Bilanz!)

„Erst mit der Wahl Hannelore Krafts begann das Land, sich zu engagieren.“

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Hört, hört! Recht haben die Kollegen aus dieser Redaktion. Genauso ist das. Uns das heute vorzuwerfen, ist lächerlich.

Wir haben 100 Millionen € in der ersten KiBiz-Revision zusätzlich in den U3-Bereich gesteckt, weil wir sagen: Wir brauchen mehr Personal. Wir haben den Bereich für die Kinderpflegerinnen, die viele Aufgaben haben, wieder geöffnet. Wir haben das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei gestellt, um die Lasten der Eltern für die Ausbildung ihrer Kinder spürbar zu senken. Letztendlich haben wir alle etwas von der Ausbildung unserer Kinder: die Kinderlosen, die Rentner. Alle haben etwas davon. Wir sagen: Wir dürfen die Lasten der Ausbildung nicht nur den Eltern übertragen, Bildung muss steuerfinanziert und nicht gebührenfinanziert sein.

Wir nehmen uns vor, sobald wir mehr Einkommen haben – auf Deutsch gesagt, wenn wir nächstes Jahr die Bundestagswahlen gewonnen haben –, dann werden wir auch weitere Kindergartenjahre freistellen. Da bin ich ganz sicher.

(Beifall von der SPD)

Wir haben unser Versprechen gehalten, den Landesjugendplan auf 100 Millionen € zu erhöhen.

(Beifall von Dagmar Hanses [GRÜNE])

Wir wollen aber nicht nur das Geld geben, sondern wir wollen jetzt auch mit den Verbänden darüber sprechen, was mit dem Geld passiert, wenn die Schule sich immer weiter ausbreitet, wenn Jugendarbeit immer weniger wird, wenn Lernen und Bildung immer mit Schule verwechselt werden. Das müssen wir diskutieren. Deshalb werden wir inhaltlich über Jugendpolitik reden.

Das haben Sie fünf Jahre nicht gemacht, lieber Bernhard Tenhumberg. Sie haben nicht nur nicht inhaltlich darüber geredet, Sie haben auch die eigenen Wahlversprechen nicht eingehalten. Du in Person hast versprochen: Wir erhöhen das wieder auf 100 Millionen €. – Nichts ist passiert. Das ist eure Bilanz. Unsere Bilanz kann sich dagegen sehen lassen.

(Zuruf von Bernhard Tenhumberg [CDU])

Noch mal: Wir waren mit unserer Politik nach zwei Jahren auf dem Prüfstand. Wenn wir uns hier Dinge erzählen, ist das die eine Sache. Aber der Wähler hat sich angeguckt, was wir gemacht haben. Wir hatten eine überragende Kandidatin, aber wir hatten auch überragende Ergebnisse. Deshalb stehen wir heute mit dieser breiten Mehrheit hier.

Bernhard, wenn man den Niedergang der CDU sieht – ihr habt jetzt die maßgeblich Verantwortlichen wieder in Spitzenpositionen gewählt: Herrn

Laschet, Herrn Laumann, lasch und lau –, dann kann man so nicht auftreten, dann muss man ein bisschen bescheidener hier stehen und kooperativer werden; denn ich glaube, dass wir beide, lieber Bernhard Tenhumberg, auch viele Gemeinsamkeiten haben, auf die wir bauen sollten.

Wir haben die Familienbildung gestärkt und sie mit mehr Geld ausgestattet, weil wir haushalterisch immer nach dem gleichen Prinzip verfahren: Wir müssen auf der einen Seite konsolidieren, aber wir müssen dort investieren, wo die Zukunft unseres Landes gefährdet ist. Dafür gibt es keine bessere Möglichkeit als bei Kindern, bei Bildung und bei Familien.

(Beifall von der SPD und Stefan Engstfeld [GRÜNE])

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Bitte kommen Sie zum Schluss, Herr Abgeordneter.

Wolfgang Jörg (SPD): Ich sehe, dass meine Redezeit abgelaufen ist.

Wir werden morgen noch einmal die Gelegenheit haben, die Familienpolitik der CDU zu besprechen. Man bekommt Tränen in die Augen, wenn man sieht, was da bundespolitisch passiert. Bernhard, da sind wir Sozis nicht die Einzigen, sondern das sagen alle.

Ich bin gespannt, was du morgen antworten wirst, wenn du überhaupt dazu reden wirst. Vielleicht machst du es ja nicht einmal. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Kollege Hafke.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für mich gibt es zwei zentrale Bemerkungen zu dieser Einzelplanberatung.

Erstens. Wir reden über etwas, was es schon zu elf Zwölfteilen gar nicht mehr gibt.

(Gordan Dudas [SPD]: Dafür sind Sie doch verantwortlich!)

Zweitens. Die Kernbotschaft Ihres Haushalts geht völlig am Bedarf vorbei. Familienfreundlichkeit ist mehr als nur finanzielle Entlastung.

(Bernhard Tenhumberg [CDU]: Richtig!)

Das haben Sie hier gemacht, nämlich eine völlige Verschiebung der Prioritäten: weg von Verbesserungen für die Familien, hin zu einer reinen Gefällig-

keitspolitik. Ihre sozialen Wohltaten sind nämlich im Ergebnis nur teuer.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Frau Schäfer und liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot und Grün, ich wiederhole das immer wieder gern für Sie: Priorisierung ist das Stichwort. Ganz Europa redet über Schuldensenkung, über Konsolidierung und über Zukunftsperspektiven, aber die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen macht neue Schulden für nutzlose Wahlgeschenke.

Deutschland hat die Schuldenbremse erfunden. Die FDP treibt die Bundesregierung zu Recht zu einem schuldenfreien Haushalt an.

(Achim Tüttenberg [SPD]: Aber die FDP führt das Betreuungsgeld ein! – Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

– Das ist nun mal so. Sie können sich aufregen und sich ein Vorbild an der Bundesregierung nehmen.

Die Landesregierung in NRW macht genau das Gegenteil und bringt nutzlose Wahlgeschenke auf den Weg.

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE] – Weitere Zurufe von der SPD)

Jetzt kommen Sie wieder mit Ihrer Präventionspolitik.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Tatsächlich sieht es aber doch so aus: Ihr Prinzip der Gleichzeitigkeit ohne Schwerpunktsetzung ist gescheitert.

(Lachen von der SPD und den GRÜNEN)

Ihre teure Beitragsfreiheit frisst Mittel, die bei den drängenden Aufgaben fehlen. Von der Politik im Betreuungsbereich sollten zuerst die Kinder profitieren – gerade die berufstätigen und alleinerziehenden Eltern sowie natürlich die Erzieherinnen und Erzieher. Aber welche Wirkung hat die Beitragsfreiheit? Gar keine.

(Ingrid Hack [SPD]: Dann horchen Sie doch mal in die Kommunen!)

Kein Kind geht zusätzlich in den Kindergarten. Keine Mutter wird damit zusätzlich in den Beruf zurückkehren. Keine Erzieherin wird besser bezahlt. Aber eine Wirkung hat die Beitragsfreiheit: Die Gutverdiener freuen sich, denn sie werden entlastet.

(Ingrid Hack [SPD]: Das muss Sie doch freuen!)

Familienpolitisch ist die Prioritätensetzung völlig falsch. Der U3-Ausbau ist weit von der Nachfragedeckung entfernt.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Die Qualitätsverbesserungen bleiben fast völlig auf der Strecke.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Abgeordneter, entschuldigen Sie bitte. Würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dudas zulassen wollen?

Marcel Hafke (FDP): Sehr gerne.

Gordan Dudas (SPD): Zu Ihren Ausführungen möchte ich fragen: Sind Sie der Meinung, dass das in Berlin mit der FDP verabschiedete Betreuungsgeld dazu beitragen wird, dass mehr Kinder in die Kindertagesstätte gehen werden?

Marcel Hafke (FDP): Wir werden morgen darüber noch ausführlich diskutieren.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Ein Ja oder Nein reicht!)

Aber ich kann festhalten: Wenn man wirklich eine Wahlfreiheit haben will, müsste sie so aussehen, dass jedes Kind und alle Eltern in Nordrhein-Westfalen tatsächlich die Wahl haben.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Ingrid Hack [SPD]: Das war nicht die Frage!)

Das ist nicht der Fall, weil in Nordrhein-Westfalen über 30.000 Betreuungsplätze fehlen. So sieht die Realität hier aus. Dann kann man sich nicht hinstellen und von Wahlfreiheit sprechen.

Im Übrigen hat man in einer Koalition nicht immer die Mehrheit und muss manchmal auch Kompromisse eingehen. Ich werde das mit einem Argument der morgigen Debatte schon einmal vorwegnehmen. Ich kann mich noch ziemlich gut daran erinnern, wer eigentlich das Thema „Betreuungsgeld“ ins KiföG geschrieben hat, nämlich die CDU/CSU und die SPD. Also brauchen Sie sich gar nicht zu großen Reden aufzuschwingen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ich darf zum U3-Ausbau noch einige Sätze sagen. In Nordrhein-Westfalen fehlt mir ein Ausbauplan. Viele Kommunen sagen ganz offen: Wir werden es nicht schaffen, die notwendigen Plätze bereitzustellen. Landesweit – das habe ich gerade schon erwähnt – fehlen 30.000 Plätze, wenn nicht sogar noch mehr.

Ich finde es richtig, dass Sie, Frau Schäfer, auch dem Städte- und Gemeindebund gegenüber klargestellt haben: Am Rechtsanspruch wird nicht gerüttelt. – Aber dann müssen Sie auch für die Kommunen, die nicht wissen, wie sie das schaffen sollen, Antworten parat haben. Eine E-Mail-Adresse oder eine Hotline allein werden dafür nicht ausreichen.

Unverständlich war für mich auch das Verfahren beim zusätzlichen Geld, das der Bund bereitstellen wird. Sie rufen bei jeder Gelegenheit nach Bundes-

geldern, um Ihre Probleme in Nordrhein-Westfalen zu lösen.

(Beifall von Bernhard Tenhumberg [CDU])

Ich hatte erwartet, dass die Probleme im Dialog schnell gelöst werden. Es hat lange gedauert; ich meine, es hätte schneller gehen können. Denn ich bin der Auffassung, dass man sich diese parteipolitischen Scharmützel hätte ersparen können. Es ist wichtig, dass das Geld bei den Kommunen und damit im Ergebnis bei den Familien auch tatsächlich ankommt.

Anstatt hier über ein Zwölftel des Haushalts zu sprechen, sollten wir den Blick vielleicht eher nach vorne richten. Die letzten Monate bis zum Rechtsanspruch dürfen nicht aus Hoffen und Bangen, sondern müssen aus dem Abarbeiten eines realistischen Ausbauplans bestehen.

Wir brauchen Qualitätsverbesserungen in den Kitas und eine Stärkung der Tagespflege. Sinnvoll wäre auch eine Debatte über betriebliche Kitas und privatgewerbliche Träger. Frau Schäfer, Sie haben kürzlich ganz plötzlich die Betriebskitas entdeckt und viele warme Worte verteilt. Jetzt freue ich mich auf entsprechende Taten.

Sie sind überdies auch für die Jugendpolitik zuständig. Außer einer plakativen Großveranstaltung haben wir bislang hier nicht so viel gehört. Wenn Sie von SPD und Grünen schon bei uns abschreiben, möchte ich doch darum bitten, dass Sie es tatsächlich irgendwann umsetzen, eine Unterstützungsstelle für die Jugendbeteiligung einrichten sowie den Weg noch weiter in Richtung der FDP gehen und ein Jugendparlament schaffen, damit die Jugendlichen an der Landespolitik teilnehmen können.

(Beifall von der FDP)

Die Familien haben mehr als Ihre Mangelverwaltung in Kinderbetreuungsfragen verdient. Politik muss kraftvoll nach vorne gehen. Gern werden wir das beim Haushalt 2013 noch einmal überprüfen.

Sie werden uns an Ihrer Seite haben, wenn es darum geht, eine familienfreundliche Politik zu gestalten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und Bernhard Tenhumberg [CDU])

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich nun das Wort Frau Kollegin Asch.

Andrea Asch (GRÜNE): Meine Damen und Herren! Liebe Besucherinnen! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gilt noch immer das leicht abgewandelte Sprichwort, Herr Hafke: „Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Schweinen schmeißen“.

(Lachen von der FDP)

Genau das haben Sie getan. Wenn wir uns anschauen, welche familienpolitische, sozialpolitische und gleichstellungspolitische Katastrophe die FDP Anfang der Woche im Bundestag mit dem Betreuungsgeld auf den Weg gebracht hat, dann können Sie uns nicht vorwerfen, dass unsere kinder- und familienfreundliche Politik die falsche Politik wäre.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Hafke, dafür sind Sie der absolut Falsche.

Wenn wir darüber reden, wo Ressourcen gut eingesetzt sind, dann richtet sich das auch wieder genau gegen Sie. Sie haben wider besseres Wissen zugestimmt, haben sich eine teure Maßnahme abhandeln lassen.. Zu der 1 Milliarde € kommen noch die Kosten für die Praxisgebühr. Die CDU hat das durchgesetzt, um Wahlgeschenke an Herrn Seehofer zu geben. Das sind aber teure Maßnahmen, weil das, was Sie sagen, nicht bei den Familien ankommen, sondern vollkommen ins Leere gehen, weil sie eine falsche Politik bedeuten. Sie haben jedes Recht verwirkt, sich hier über die rot-grüne Haushaltspolitik im Familienbereich aufzuregen.

Da wir gerade beim Aufregen sind, folgende Anmerkung: Manchmal ist es ja so, lieber Bernhard Tenhumberg von der CDU, dass dann, wenn die Diskrepanz zwischen dem, was man sagt, und den großen Worten, die man benutzt, und dem, was man tut und was man vor allen Dingen in eigener Regierungsverantwortung getan hat, zu groß wird, das einfach nur noch lächerlich wirkt. Deshalb konnten wir bei Ihrem Beitrag einfach nur noch lachen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir wollten eigentlich – das hatten wir uns vorgenommen – nicht so sehr in die Vergangenheit schauen. Aber wenn Sie immer wieder das Fass aufmachen, dann muss das alles noch einmal gesagt werden. Die Regierung Rüttgers hat nicht nur das Sparverwahrgesetz, das KiBiz, auf den Weg gebracht und die Standards in den Kitas heruntergefahren, sondern sie hat noch etwas anderes getan. Rüttgers hat das Jahr 2006 zum Jahr des Kindes ausgerufen, aber im gleichen Jahr sind die Leistungen für Familien, Kinder und Eltern um 20 % gekürzt worden. Das ging mit dem Rasenmäher quer über alle familienpolitischen Leistungen. Das ist das Gegenteil von dem, was Sie hier verkünden. Das ist das Gegenteil von dem gewesen, was ihr immer in schönen großen Leitartikeln und Überschriften den Menschen verkauft habt.

Meine Damen und Herren, wir machen ehrliche Politik und tun, was wir angekündigt und vereinbart haben. Das spiegelt sich eins zu eins in diesem Haushalt wider. Wir haben nämlich gesagt: Rot-Grün und die Regierung, die wir tragen, stellen die Kinder in den Mittelpunkt der Politik, und wollen vom

Kind aus denken. Genau das spiegelt sich wider. Von 2010 bis 2011 haben wir den Haushalt für Kinder und Jugendliche um 50 % erhöht. Diese Zahl kann sich sehen lassen. Wir haben den Ansatz von 1,2 Milliarden € auf 1,8 Milliarden € angehoben. Das ist genau der Unterschied zu dem, was die schwarz-gelbe Koalition unter Rüttgers gemacht hat. Wir haben Wort gehalten. Wir haben den Kinder- und Jugendförderplan um 100 Millionen € aufgestockt. Damit haben wir ein Versprechen gehalten, was wir in der Opposition abgegeben haben.

Wir haben aber noch etwas mehr gemacht. Wir haben nämlich etwas umgesetzt, was immer wieder von den Jugendverbänden kritisiert worden ist, dass nämlich die jahrgangsübergreifende Förderung schwierig ist, und haben in diesen Haushalt Verpflichtungsermächtigungen hineingeschrieben, damit die Jugendverbände besser mit dem Geld jahrgangsübergreifend arbeiten können. Das ist konkrete Hilfe für die Kinder und Jugendlichen in diesem Land.

Uns als Grüne ist immer die Qualität besonders wichtig. Wir haben mit den Mitteln, die wir eingesetzt haben, deutliche Verbesserungen in den Kitas herbeigeführt. Wir haben mit dem U3-Zuschlag in den Kitas eine personelle Entlastung geschaffen. Wir haben es ermöglicht, dass die Ergänzungskräfte, die Kinderpflegerinnen, wieder eingesetzt werden können. Die personellen Standards haben sich tatsächlich in den Einrichtungen und in der täglichen Arbeit verbessert. Das kommt den Kindern und den Erzieherinnen und Erziehern in den Einrichtungen zugute.

Wir haben in diesem Haushalt auch die Gelder für den Kinderschutz ausgeweitet, und zwar auf 200.000 €. Damit stärken wir das Kompetenzzentrum Kinderschutz. Wir wissen alle, dass wir im Bereich der frühen Hilfen und der Prävention die wichtige Arbeit der Kinderschutzzentren unterstützen wollen und müssen. Das haben wir mit eigenen Mitteln getan. Ich denke, auch das ist eine wesentliche Verbesserung, die wir auf diesem Gebiet erzielt haben.

Im Bereich der Fachkräfte – bei diesem Thema wird immer gesagt, dass es einen Mehrbedarf gibt – haben wir in den Kitas 4.000 Fachkräfte mehr als vor zwei Jahren.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte langsam zum Schluss.

Andrea Asch (GRÜNE): Alles in allem ist das eine gute Bilanz. Mit diesem Haushalt zeigen wir – ich kann das nur noch einmal sagen –, dass wir die Koalition sind, die familienfreundlich, die kinderfreundlich ist und die die Kinder in den Mittelpunkt ihrer Politik stellt. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Asch. – Für die Piratenfraktion erteile ich Herrn Kollegen Düngel das Wort.

Daniel Düngel (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuschauer auf der Tribüne und an den gebührenden neuartigen Rundfunkgeräten!

(Heiterkeit)

– Ja, wir ziehen das durch. Sie werden sich daran gewöhnen.

Diejenigen unter Ihnen, die Kinder haben, kennen das. Ich bin zurzeit zu Hause mit meiner Tochter Emma in Taschengeldverhandlungen.

(Zuruf von der FDP: Wollen wir gar nicht wissen! – Heiterkeit!)

– Das ist nicht schlimm. Ich erzähle es Ihnen trotzdem.

Ich habe meiner Tochter vorgeschlagen, nächstes Jahr einmal darüber zu reden, was sie denn dieses Jahr noch an Taschengeld bekommen wird. Sie werden sich wundern: Meine Tochter war davon nicht allzu sehr begeistert.

Was hat das hier mit der Haushaltsdebatte zu tun? Wir haben das heute schon einige Male gehört, und ich verspreche, dass ich das auch nicht weiter großartig strapazieren will. Wir wissen, dass wir über einen Haushalt reden, der nahezu aufgebraucht ist. Ich hoffe, dass wir irgendwann mit dieser Tradition brechen können. Für den Haushalt 2013 werden wir das ja auch nicht mehr hinkommen, weil er ebenfalls nicht rechtzeitig beraten und verabschiedet werden kann. Auch das wissen wir. Aber vielleicht schaffen wir es 2014, liebe Landesregierung. Schauen wir einmal. Vielleicht kriegen wir das irgendwie gemeinsam hin.

Sehen wir uns den vorliegenden Entwurf in ein paar Punkten etwas genauer an und sehen wir auf den Kinder- und Jugendförderplan. Frau Asch hatte gerade erwähnt, Rot-Grün habe dort etwas draufgelegt. Das ist absolut richtig.

(Andrea Asch [GRÜNE]: 25 Millionen!)

Aber ausgegeben wurde in der Tat nicht alles. 2011 sind zum Beispiel von den veranschlagten 100 Millionen € 13 Millionen € am Ende ihrem Zweck nicht zugeführt worden. Auch in diesem Jahr sind nach unseren Informationen bisher offensichtlich rund 90 oder 95 % ausgegeben worden. Da sind wir auf einem guten Weg. Das ist schon einmal wieder ein bisschen mehr. Aber ganz richtig ist das Ganze noch nicht.

Ich habe zwei kleine Anfragen dazu gestellt. Die Beantwortungsfrist läuft mit dem heutigen Tage ab. Bis jetzt habe ich noch keine Antwort erhalten. Frau

Schäfer, vielleicht kommt in den nächsten Tagen da noch etwas.

Wie auch immer – wir brauchen wohl keine Expertenanhörung durchzuführen, um festzustellen, dass dieses Geld vor Ort tatsächlich dringend gebraucht wird. Das wissen Sie genauso gut wie ich.

Eben habe ich über Taschengeldverhandlungen gesprochen. Ich bezweifle, dass meine Tochter begeistert wäre, wenn ich ihr zwar sagte, sie bekomme jetzt 15 €, ihr aber tatsächlich nur 12 € zahlte. Davon hat sie nichts. Da fehlen am Ende einfach 3 €, die sie ganz gerne hätte.

In Ihrer kleinen Regierungserklärung im Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend sprachen Sie, Frau Ministerin Schäfer, von Anpassungen im vorzulegenden Kinder- und Jugendförderplan für diese Legislaturperiode. Ich hoffe, dass Sie damit nicht meinten, die Beträge gegebenenfalls zu kürzen, sondern sie tatsächlich sinnvoll anpassen wollen.

„Kein Kind zurücklassen“ – auch das lesen wir ganz häufig im Koalitionsvertrag. Mit Minderausgaben werden wir dieses Ziel natürlich nicht erreichen. Vor Ort werden Jugendzentren geschlossen. Allorts fehlt Geld in der Jugendsozialarbeit. Viele Jugendliche sind bereits zurückgelassen worden.

Beim U3-Ausbau – darüber haben wir uns gerade schon ein bisschen unterhalten – ist noch eine ganze Menge nachzuholen. Selbstverständlich begrüßen wir als Piratenfraktion den gestern eingereichten Antrag. Dem entsprechenden Gesetzentwurf haben wir gestern auch zugestimmt. Wir Piraten sind die Fraktion, die sinnvollen Anträgen am Ende tatsächlich zustimmt.

Ob das gesteckte Ziel damit erreicht wird, ist fraglich. Frau Ministerin Schäfer, wir müssen darauf achten, dass beim Ausbau der Krippenplätze nicht unter dem Strich die Qualität leidet. Sie selber betonen das immer wieder. Ich habe da meine Zweifel. Aber wir werden das mit Sicherheit genau beobachten.

Für uns Piraten hat die frühkindliche Bildung einen hohen Stellenwert. Sie investieren rund 142 Millionen € für die Beitragsfreiheit im dritten Kindergartenjahr. Da sind wir auf einem gemeinsamen, richtigen Weg. Das ist unser Ziel. Unser Ziel ist die komplette Beitragsfreiheit – auch im Bereich der frühkindlichen Bildung. Darüber werden wir in den nächsten Monaten sicherlich noch weiter debattieren. Ich werde gerne Ihr Angebot der ausgestreckten Hand, das die Ministerpräsidentin und Sie selber schon betont haben, annehmen. Ich hoffe, dass diese Redewendung dann auch tatsächlich mit Leben gefüllt wird.

Apropos ausgestreckte Hand: Keine Sorge; meine Tochter Emma wird sich auf ihre Eltern verlassen können. Sie wird ihre 15 € bekommen.

Ich fordere auch Sie als Landesregierung und Sie als Ministerin, Frau Schäfer, auf, verlässlicher Partner für die Menschen in unserem Land zu sein. Reichen Sie Ihre Entwürfe, zum Beispiel den Haushaltsentwurf, künftig zeitnah ein. Und vor allen Dingen: Greifen Sie sinnvolle Anregungen parteiübergreifend auf, und lassen Sie uns diese gemeinsam umsetzen. Das funktioniert und tut am Ende dann auch nicht weh. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Düngel. – Für die Landesregierung hat jetzt Frau Ministerin Schäfer das Wort.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Ganz herzlichen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne! Lassen Sie mich, weil die Gäste auf der Tribüne wechseln, eingangs noch einmal die Anmerkung machen: Dass wir diesen Haushalt so spät beraten, hat damit zu tun, dass die CDU und die FDP dem Haushalt 2012 nicht zugestimmt hatten.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und der FDP – Zurufe von der CDU)

Aufgrund der anschließenden Neuwahl ließen die zeitlichen Abläufe gar nichts anderes zu, als dass wir jetzt erneut über den Haushalt 2012 diskutieren müssen. – Das sei einfach einmal zum Verständnis unserer Gäste hier im Landtag gesagt.

Vorweg möchte ich noch eine Anmerkung zu der Beitragsfreiheit machen, die Herr Hafke erneut kritisiert hat. Herr Hafke, nur zu Ihrer Information: In Bayern haben CSU und FDP gerade die Beitragsfreiheit in der Kita beschlossen.

(Marcel Hafke [FDP]: Die haben auch keine Schulden, Frau Schäfer!)

Es gibt auch andere Mitglieder Ihrer Partei, die durchaus den Blick in dieser Weise nach vorne richten.

Wenn Sie dann behaupten, die FDP habe dazu beigetragen, die Finanzen im Bund zu konsolidieren, erinnere ich nur daran, dass das wirklich unsinnige Betreuungsgeld die Steuerzahler dieses Landes 1,26 Milliarden € kosten wird – von niemandem gewünscht, schlicht und einfach dem Geschacher geschuldet. Das verstehen Sie unter Konsolidierung.

Da gehen wir in Nordrhein-Westfalen einen anderen Weg. Ich glaube, in einem sind wir uns einig – im Ziel finden wir uns ja immer nah beieinander –: Kinder, Jugendliche und Familien brauchen die beste Bildung und auch die besten Chancen. – Diese Landesregierung und die sie tragende Koalition haben in den letzten zwei Jahren unter Beweis ge-

stellt, dass sie hier auf mehr Bildung, auf mehr Teilhabe und auf

(Marcel Hafke [FDP]: Mehr Schulden setzen!)

mehr Prävention in Nordrhein-Westfalen setzen. Das tun wir.

Jetzt schauen wir uns einmal ganz konkret an, was wir gemacht haben. Das eine oder andere ist schon angesprochen worden. Ich will noch einmal deutlich machen, dass wir den Kinder- und Jugendförderplan in diesem Haushaltsjahr mit 100 Millionen € fortgeschrieben haben. In der Tat sind 95 % davon in die Jugendverbände und in die Einrichtungen der Jugendarbeit geflossen. Herr Hafke, natürlich ist es wichtig, auch im Landtag mit Jugendlichen zu debattieren. Aber die eigentliche Jugendarbeit findet vor Ort in den Kommunen statt. Da unterstützen wir Strukturen, Projekte und offene Türen so gut, wie wir das können. Dafür werden die Gelder auch sehr sinnvoll eingesetzt.

(Beifall von der SPD)

Insofern kann man sagen, dass unsere Jugendpolitik bei den Menschen in Nordrhein-Westfalen eine hohe Zustimmung und eine hohe Akzeptanz gefunden hat.

Auch im Bereich der Familienpolitik haben wir die Ansätze zur Unterstützung der Familien im Jahr 2011 um 4 Millionen € angehoben. Dieses angehobene Niveau führen wir auch in 2012 fort. Das heißt: Wir investieren in Nordrhein-Westfalen ca. 44 Millionen € in den Bereich der Familien. Dieses Geld investieren wir da, wo die Familien es brauchen: für Beratung und Unterstützung, und zwar möglichst früh, um dann auch gute Weichenstellungen in den Familien ermöglichen zu können. Ich denke, auch das ist gut angelegtes Geld.

Ein klarer Schwerpunkt ist bei uns natürlich die frühe Bildung und der U3-Ausbau. Wir haben die Aufholjagd gestartet. Sie zeigt erste Erfolge. Natürlich können wir noch nicht zufrieden sein. Man muss aber auch sagen: Die jetzt in der Statistik des Bundes ausgewiesenen Zahlen sind schlicht und einfach aus dem letzten Kindergartenjahr. Wir finanzieren im laufenden Kindergartenjahr seit dem 1. August dieses Jahres 117.000 Plätze. Diese Plätze finanzieren wir für die Träger, für die Kommunen – Platz für Platz.

Ich verhehle nicht, dass uns 27.000 Plätze fehlen bis zur Erfüllung der 32-%-Marke, die im Durchschnitt für Nordrhein-Westfalen errechnet wurde. Jetzt gibt es eine neue Größenordnung von 33,9 %. Es kommen also noch Plätze dazu. Die werden wir auch finanzieren. Aber an der Stelle hätte ich gerne den Anteil des Bundes für das Betreuungsgeld für die Investitionen in Plätze in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dann hätten die Eltern eine echte Wahlfreiheit.

Ich will daran erinnern, dass wir hier einige Baustellen aufräumen mussten und dass die Kommunen Planungssicherheit für ihre Investitionen brauchten. Sie haben händeringend auf dieses Gesetz gewartet, das wir gestern hier fast einstimmig verabschiedet haben, was ihre Betriebskosten finanziert. Sie haben händeringend darauf gewartet. Ich zitiere aus den „Aachener Nachrichten“ vom heutigen Tage den Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes, Bernd Jürgen Schneider. Er sagt:

„Die Kommunen haben viel Zeit verloren, weil die Frage der Konnexität im Jahre 2010 erst durch den Verfassungsgerichtshof geklärt werden musste.“

Das ist Ihre Erblast, die wir aufräumen mussten. Das hat Zeit gekostet. Aber wir haben auch an der Stelle gehandelt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir nehmen hier Landesgeld in die Hand – mit dem Bundesgeld zusammen – und investieren noch einmal 1,4 Milliarden € bis 2018 und tun das auch darüber hinaus, weil wir uns in diesem Gesetz verpflichtet haben, jeden weiteren Platz zu finanzieren und die Betriebskostenzuschüsse entsprechend zu steigern.

Verlässlichkeit ist der zentrale Punkt beim U3-Ausbau. Diese Landesregierung steht zu der Verpflichtung, dass der Ausbau nur gemeinsam mit den Kommunen, mit den Trägern, mit dem Land, aber auch gerne mit dem Bund zu stemmen ist. In diesem Sinne arbeiten wir weiter für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Nordrhein-Westfalen und für eine gute Zukunft unserer Kinder und unserer Jugendlichen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Für die CDU-Fraktion hat sich noch einmal Herr Kollege Tenhumberg zu Wort gemeldet.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Damit das einmal klargestellt wird – nicht, dass das hier im Raum stehen bleibt –: Auch wir sind natürlich für eine gute Zukunft für Kinder und Jugendliche. Ich unterstelle uns allen, dass das niemand hier im Parlament infrage stellt und wir uns darin einig sind.

Aber, Frau Asch, Sie verstehen es manchmal, einen Erfolg zu verkaufen, der gar nicht vorhanden ist. Sie werfen einfach in den Raum: Für 4.000 Erzieherinnen haben wir neue Stellen geschaffen. – Frau Asch, das ist doch viel zu wenig! Das ist ein Qualitätsverlust, den Sie hier fabrizieren. Wir brauchen im nächsten Jahr mehr als 9.000 Erzieherinnen, wenn wir den Standard halten wollen. Das ist Ihnen bewusst. Aber darauf geben Sie gar keine Antwort.

Sie geben keine Antwort; Sie sind an dieser Stelle völlig sprachlos.

Wenn Sie dann noch berechnen, dass jährlich mindestens 2.000 Erzieherinnen ausscheiden und dass Sie das 5. Schulrechtsänderungsgesetz gemacht haben und dafür keine Stellen zur Verfügung gestellt haben, dann ist das einfach nur peinlich.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ich finde es vonseiten der Regierung nicht angemessen, wenn man sagt, es sei ganz normal, dass der Haushaltsplan jetzt erst eingebracht wird. Die Regierung ist im Mai gewählt worden.

(Zuruf von der SPD: Der Landtag!)

– Der Landtag ist gewählt worden. Herr Kollege, da haben Sie recht. – Im Mai. Jetzt haben wir November. Der Haushaltsplan, der jetzt vorgelegt worden ist, ist fast eine Kopie von dem, der im Februar vorgelegt worden ist. Halten Sie es für normal, ihn erst jetzt einzureichen? – Ich weiß nicht, was Sie unter Normalität verstehen; entschuldigen Sie bitte!

Sie führen dann an, dass in Bayern die Beitragsfreiheit eingeführt worden ist. Ja, der Unterschied zwischen Nordrhein-Westfalen und Bayern ist: Die Bayern können sich das erlauben. Die finanzieren das nicht zulasten der Zukunftsfähigkeit der Kinder, sondern aus laufenden Einnahmen. Sie machen das über Kredite und belasten damit die Zukunftsfähigkeit der Kinder.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Abgeordneter, würden Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Mostofizadeh zulassen?

Bernhard Tenhumberg (CDU): Da meine Redezeit zu Ende ist, will ich schließen und eine abschließende Bemerkung machen.

Der Belastungsausgleich ist von uns allen gemeinsam im Parlament so beurteilt worden, wie wir ihn damals verabschiedet haben. Sie haben da genauso gut falsch gelegen wie wir auch. Der Verfassungsgerichtshof hat das anders bewertet. Dann sind normalerweise von der Regierung und auch vom Parlament die Konsequenzen zu ziehen. Das ist ein ganz normaler Vorgang. Uns da mit Vorwürfen zu überschütten, ist völlig fehl am Platze. Aber so ist die Regierung: Andere sind immer schuld, der Bund ist schuld. Die Platte muss allmählich verkratzt sein – so oft, wie ich mir das anhören muss. Es wird langweilig. – Danke schön.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Tenhumberg. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit schließe ich die Beratung zum Teilbereich Familie, Kinder und Jugend des Einzelplans 07.

Wir kommen zum

Teilbereich Kultur

Ich eröffne die Beratung und erteile zunächst für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Prof. Sternberg das Wort.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ohne rechten Zusammenhang behandeln wir jetzt den Bereich Kultur in dem Etat des Gemischtwarenministeriums.

Es ist nach wie vor nur schwer verständlich, warum die Ministerpräsidentin nicht wenigstens die Stelle eines Staatssekretärs für Kultur eingerichtet hat.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wer bezahlt das denn alles?)

Außer öffentlichen Gesprächen ist zurzeit keine Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen erkennbar. Wie ist eigentlich die Vision?

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wer finanziert das denn, Herr Kollege?)

Wie kann man eigentlich künftig Innovationen in der Kulturpolitik sichern, wenn in Zeiten knapper Kassen in den Städten gespart wird?

(Vorsitz: Vizepräsident Daniel Dünkel)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Etat. Das Hauptproblem dieses Etats ist das heutige Datum. Der Grund für die Verspätung – es ist sechs Wochen vor Weihnachten – ist eben nur zum Teil, Frau Ministerin, die Neuwahl. Ganz wesentlich liegt es an der verspäteten Einbringung. Es ist eine Verspätung mit Ansage, die wir hier erleben.

(Beifall von der CDU)

Erst im Dezember 2011, dem spätesten möglichen Termin, den Etat einzubringen, heißt, die Probleme in Kauf zu nehmen. Das Verfassungsgericht in Münster hat vor zehn Tagen

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Nein, hat es nicht!)

festgestellt, dass die späte Einbringung dieses Etats verfassungswidrig war.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wir reden über eine andere Einbringung, Herr Kollege! Sie verstehen das einfach nicht!)

Und der Haushalt 2013 wird wieder so spät eingebracht. Warum ist das eigentlich für die Kulturmenschen so problematisch? – Die Pressemeldung eines Verbandes schon vor einigen Monaten machte das ganz drastisch deutlich. Da wurde gesagt, dass die Projektanträge bis zum Ende des Jahres hängen, und dann würden diejenigen am Ende des Jahres einen Geldsegen bekommen können. Dann heißt es dazu: Bis zu diesem Feuerwerk gab und gibt es viele, die das nicht überleben. – So ist es. Es hat viele gegeben, die auf Projektmittel angewiesen waren, die das nicht überlebt haben.

Statt der normalen Freigabe der Projektmittel zum 1. Mai war es schon im vergangenen Jahr schwer, die vorhandenen Haushaltsmittel nach Freigabe auch auszugeben. Die müssen bis zum 31. Dezember abgerechnet sein. Da blieben Mittel übrig, und die Kulturleute im Land hatten das Nachsehen.

In diesem Jahr ist es ganz katastrophal. Im kommenden Jahr wird es absehbar wieder nicht normal zugehen. Die engagierten Beamten in der Kulturabteilung sind zu bedauern, denn sie werden kaum in der Lage sein, ihre Mittel ordnungsgemäß auszugeben. Das Nachsehen dabei haben die Künstlerinnen und Künstler.

Meine Damen und Herren, von den Summen her: keine wesentliche Kritik. Die 100%ige Erhöhung der Mittel aus der Regierungszeit von Jürgen Rüttgers ist nicht rückgängig gemacht worden. Es ist sogar etwas mehr geworden. Das ist positiv.

Blicken wir auf einzelne Positionen. Es gibt eine Position im Etat in Höhe von 7,5 Millionen €, die unter dem Titel „Bibliotheken“ als Steigerung bei den Bibliotheken geparkt sind. Sie stellen offensichtlich eine Art Verfügungsmasse dar. Ob das mit den Grundsätzen von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit zu vereinbaren ist, sei als Frage gestellt. Es heißt im Kommentar zu diesem Titel merkwürdig unscharf, es könnte aus dieser Titelgruppe – ich zitiere – „auch aus anderen Sparten zur Vorbereitung des geplanten“ – ich ergänze: nach wie vor ominösen – „Kulturförderungsgesetzes finanziert und gefördert werden“. Das heißt: Es ist ein Titel für alles und nichts. Ich wüsste gern, wofür diese Mittel im ablaufenden Jahr ausgegeben wurden und ausgegeben werden.

Wir haben eine Neuordnung im Etat im Bereich Musik. Das ist sachgerecht und vernünftig. Da ist jetzt auch JeKi aufgenommen worden. Aber wir können nicht der Reduktion des Projektes JeKi auf das Ruhrgebiet zustimmen. Dieser größte Feldversuch der kulturellen Bildung in Deutschland war das erste und größte Projekt der Kulturhauptstadt Ruhr 2010 und war nur aus diesen Gründen – Versuchscharakter und Kulturhauptstadt – in der Reduktion auf diesen Raum zu verantworten.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Deckungsvorschlag, Herr Kollege!)

Der Städte- und Gemeindebund und der Städtetag haben sich in dieser Frage schon vor Monaten sehr eindeutig positioniert. Wir haben seit 2009 die ersten 600.000 € für erste Projekte für die landesweite Ausdehnung bereitgestellt. Meine Damen und Herren, das Projekt JeKi ist zu evaluieren, anzupassen, meinetwegen auch zu reduzieren, zu verändern. Das alles kann man machen. Aber eine Begrenzung auf das Ruhrgebiet ist nicht zu rechtfertigen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Auch insgesamt findet sich im Etat eine merkwürdige regionale Unausgewogenheit zugunsten des Ruhrgebiets.

Nicht akzeptieren können wir auch die klammheimliche Streichung von Aufgaben, die auf klaren Beschlüssen des Landtages beruhen. In der vorvorigen Ausschusssitzung mussten wir auf unsere Nachfrage hin erfahren, dass die je dreijährige Exzellenzförderung für nordrhein-westfälische Theater schlicht gestrichen wurde. Der Hinweis auf eine neuerliche Steigerungsrate für kommunale Theater verfängt dabei gar nicht, weil es sich um eine ganz andere Frage handelt.

In der letzten Sitzung des Ausschusses erfuhren wir – wieder auf unsere Nachfrage –, dass der kulturelle Ehrenamtspreis „DER DANK“, der speziell für kulturelle ehrenamtliche Initiativen ausgeschrieben ist, zwar im Etat steht, aber als spezifischer Kulturehrenamtspreis nicht verliehen werden wird.

Meine Damen und Herren, das finden wir empörend. Frau Ministerin, so geht man nicht mit gültigen Beschlüssen des Landtages um.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Daniel Düngel: Herr Kollege, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Vor allem wegen dieser Punkte können wir auch diesem Bestandteil des Einzelplanes nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Kollege Sternberg. – Für die Fraktion der SPD spricht nun der Kollege Bialas.

Andreas Bialas (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Mitglieder des Kulturrates auf der Tribüne!

Sie müssen sich schon einmal überlegen, wofür Sie sich entscheiden. Wir haben hier ca. fünf Minuten vorher gehört, dass wir uns mit mehr Schulden und Mehrausgaben ständig an unserer Jugend, an un-

serer Zukunft und sonstigen versündigen. Und fünf Minuten später höre ich dann Sätze wie: Jeder mehr ausgegebene Euro in dem Bereich ist wichtig. Da gebe ich Ihnen sogar recht. Aber, auch Sie müssen wahrnehmen, dass es eine Regierung gibt – dass es ein Land gibt –, die den Schuldenausgleich irgendwann hinbekommen muss. Da kann es leider keinen Bereich geben, der von diesen Überlegungen ausgenommen ist.

(Beifall von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Je länger Sie ständig darauf herumreiten, dass diese Regierung nicht den Sparwillen hat, umso stärker machen Sie den Druck in jedem einzelnen Etatbereich.

Zum Haushalt kann man sagen: Er ist bereits weitestgehend ausgegeben. Ich bin dem Ministerium sehr dankbar dafür, dass es darum gekämpft hat, auch in dieser schwierigen Haushaltssituation immer wieder zu sehen, wann frühestmöglich die Margen freigegeben werden können, weil gerade wir im hohen Maße von Produktförderungen abhängig sind.

Die Verabschiedung des Haushalts 2012 – das ist richtig – kommt sehr spät. Das hat mehrere Gründe. Viele sind angeführt worden. Aber es waren auch einige Projekte nicht möglich. Es gehört zur Aufrichtigkeit und zur Ehrlichkeit dazu, sich an dieser Stelle bei den Künstlerinnen und Künstlern einmal zu entschuldigen, die von Projektmitteln abhängig sind und die auch auf den schwankenden Wogen des Jahres 2012 mitschwimmen mussten und auch mitgeschwommen sind.

Ich kann Ihnen aber auch sagen: Das wird sich ändern. Wir haben dieses Jahr eine Wahl mit klaren Mehrheiten gehabt. Wir werden in eine ganz normale Rhythmik der Haushaltseinbringung kommen, und wir werden ein Kulturgesetz auf den Weg bringen, welches die Berechenbarkeit, die Planbarkeit und auch die Längerfristigkeit für die Kultur gewährleisten wird.

An dieser Stelle müsste man quasi fragen: Wie war er denn nun, der Haushalt? – Er war ausgewogen von erhalten und bewahren. Er war ausgewogen im Bereich vermitteln und darstellen und er war ausgewogen im Bereich von schaffen und entwickeln. Er hat Spitzenkultur, Breitenkultur, professionelle Darsteller und Laiendarsteller berücksichtigt, aber auch ein angemessenes Verhältnis gefunden zwischen dem Bereich der städtischen Kultur und der regionalen Kulturförderung. Um es kurz zu sagen: So viel Geld war noch nie im Kulturhaushalt wie 2012. Es wurde sehr vernünftig ausgegeben.

Ich möchte der Ministerin an dieser Stelle danken, dass sie gerade in der Zeit unserer parlamentarischen Abwesenheit diesen Weg unserer rot-grünen Kulturpolitik konsequent weitergegangen ist. Ich möchte auch dafür danken, dass sie in einem sehr, sehr hohen Maße die Dialogfähigkeit und die Dia-

logbereitschaft mit der Kulturszene hergestellt hat. An dieser Stelle noch einmal meinen Dank an den mittlerweile leider in den Ruhestand gegangenen Staatssekretär Herrn Prof. Dr. Schäfer.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

– Ja, da kann man immer mal klatschen.

Ich danke aber auch, dass konsequent das Kulturgesetz weiter in der Erarbeitung stattgefunden hat.

Ich bin noch für eines sehr dankbar, Frau Ministern, nämlich dass Sie mit am Kabinetttisch sitzen und mitentscheiden können, auch hier in diesem Haus in dem Bereich der konsequenten Sanierung unserer Kommunalfinanzen. Denn ich bin weiterhin fest davon überzeugt, dass nur finanziell gesunde Städte eine weiterhin lebendige Kultur in unserem Lande gewährleisten können. Das ist eine sehr differenzierte Auffassung der Kulturfinanzierung; denn man kann nicht immer nur sich hinstellen und sagen: „Ich gieße ein wenig die Blätter oben“, und unten die Wurzeln verdorren lassen.

Einen Bereich unserer Kulturpolitik möchte ich noch ansprechen: Das ist die kulturelle Bildung. Hier geht es nicht um die Pädagogisierung von Kunst und Kultur, hier geht es um etwas ganz anderes. Das zentrale Projekt unserer Kulturpolitik bleibt der Ausbau der kulturellen Bildung. Für uns ist kulturelle Bildung eine Voraussetzung für eine aktive Teilnahme am gesellschaftlichen, am politischen, am kulturellen Leben. Kulturelle Bildung prägt die Persönlichkeit eines jeden Einzelnen; denn kulturelle Bildung entwickelt gerade auch die sozialen, politischen, kreativen und ästhetischen Kompetenzen der Menschen – Kompetenzen, die wir zwingend und immer verstärkter in der Welt von heute und morgen brauchen. Diese Kompetenzen werden der wesentliche Baustein einer zukünftigen Behauptung auf dem Arbeitsmarkt, aber auch in unserer Gesellschaft sein. Daher ist kulturelle Bildung ein elementarer Teil unserer Kulturpolitik und wird von uns auch als Menschenrecht verstanden.

Insofern wollen wir die Teilhabe an und die Zugänge zu Kunst und Kultur als wesentlichen Bestandteil und Baustein unserer vorsorgenden Politik sehen. Das ist auch ein wesentlicher Bestandteil unseres Demokratieverständnisses, weil hierüber vor allem – das ist wichtig – Chancengleichheit und Teilhabemöglichkeiten hergestellt werden.

Vizepräsident Daniel Düngel: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

Andreas Bialas (SPD): Deswegen werden wir auch in diesem Bereich weiter investieren.

Lassen Sie mich noch kurz etwas zur weiteren Entwicklung in der Kultur sagen. Wir werden Kultur auch unter dem Gesichtspunkt der Schuldenbremse sehen müssen. Wir werden uns dieser Diskussion

nicht verschließen. Wir werden uns nicht wegducken. Aber wir werden klare Linien aufzeigen.

Die Kultur in NRW ist in rot-grünen Händen und damit in guten Händen aufgehoben. Das bleibt auch in schwierigen Zeiten so. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Kollege Bialas. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Frau Kollegin Schmitz. Ich hörte, dass es Ihre erste Plenarrede sein wird, Frau Schmitz. Dann darf ich Ihnen viel Erfolg wünschen.

(Allgemeiner Beifall)

Ingola Schmitz (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Wie möchten Sie leben? Selbstbestimmt? Selbstbestimmt – mit kultureller Identität!

Wie entsteht kulturelle Identität, die von bloß gekannter Kultur zu unterscheiden ist? Die kenntnisreiche und kritische Aneignung von Kultur geschieht in der Bildung. Der Schlüssel zu allem ist dabei die Sprache; denn sie verwandelt die Welt als Tohuwabohu in eine Welt verständlichen Geschehens.

Aber Kenntnis allein genügt nicht. Erst wenn meine eigene Sprache durch das Lesen von Literatur reicher, differenzierter und selbstständiger wird, bin ich auf dem Weg, eine kulturelle Identität zu entwickeln.

So sind wir uns darin einig, dass die kulturelle Bildung im Zentrum einer zukunftsorientierten Kulturpolitik stehen muss – damit sie Bestandteil unserer Bildung werde.

Wir begrüßen es sehr, dass die durch FDP und CDU deutlich aufgestockten Mittel zur Förderung des Kulturbereichs auch weiterhin ungekürzt zur Verfügung stehen.

(Beifall von der FDP)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Entwicklung kultureller Identität bedarf der Nachhaltigkeit. Um Nachhaltigkeit zu erzielen, müssen wir wirksame Strukturen entwickelt werden. Deshalb hätten wir uns im Kulturhaushalt mehr systematische Förderansätze gewünscht: um vor allem in diesem wichtigen Bereich der kulturellen Bildung mit beschränkten finanziellen Mitteln voranzukommen.

Was geschah stattdessen? Sehr zu unserem Bedauern müssen wir zusehen, wie bereits im Frühjahr im Haushaltsplan, insbesondere im Erläuterungsband, folgende Zeilen zum Projekt JeKi verankert wurden – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –:

„Eine Ausweitung auf das gesamte Land Nordrhein-Westfalen wird daher 2012 nicht weiter verfolgt.“

Dem neuen Erläuterungsband zum Haushalt 2012 dürfen wir entnehmen – ich zitiere wiederum mit Erlaubnis des Präsidenten –:

„Aus diesem Titel werden nur noch bereits in der Vergangenheit bewilligte Modellprojekte finanziert. Langfristig sollen Modellprojekte auch außerhalb des Ruhrgebiets über die Stiftung abgewickelt werden.“

Letztlich bedeutet das: Eine Ausweitung des erfolgreichen Projektes wird es nicht geben.

Sehr geehrte Frau Ministerin Schäfer, die Verantwortung wälzen Sie wie selbstverständlich auf die Stiftung JeKi ab. JeKi – eine Aufgabe, die sichtlich Ihren ganzen Regierungsapparat überfordert hat. Im gleichen Atemzug wollen Sie uns aber erklären, dass gerade die kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen im Fokus Ihrer Politik stünde. Sicher: Sie haben mit dem sogenannten Kulturrucksack ein neues Projekt begonnen. Wir haben jedoch lange genug auf Ihre Erklärung gewartet, was Sie dabei konkret vorhaben.

Neue Ideen sind uns dennoch stets sehr willkommen. Sie können sicher sein, dass wir für gute und sinnvolle Konzepte immer ein offenes Ohr und die Bereitschaft zur konstruktiven Zusammenarbeit haben.

Das gilt eingeschränkt auch für Ihre jüngst bekanntgegebene Absicht, den Musikunterricht im Ganztag auszubauen. Schade, dass die Halbtagschulen hier als Stiefkinder behandelt werden und zurückstehen müssen. Ist das chancengerecht?

Sehr geehrte Frau Ministerin, was bedeutet Ihre Initiative aber für den Landeshaushalt? – Sie stellen fest, dass eine schrittweise Ausweitung des Projektes JeKi finanziell nicht tragbar sei, und lassen es deshalb auslaufen. Gleichzeitig stoßen Sie aber ein neues Kulturrucksackprojekt an und stattdessen es bereits zu Beginn mit 3 Millionen € aus. Es scheint, als wollten Sie das schwarz-gelbe JeKi-Programm zugunsten Ihres eigenen, des Kulturrucksacks, schlicht ausbluten lassen.

(Beifall von der FDP)

Die Neuordnung innerhalb des Haushaltsplans lässt diesen Schluss zumindest zu. Die Titelgruppe 77 reduziert sich auf null, die Mittel werden in ein Gesamtpaket der Titelgruppe 60 verlagert. Oder vielleicht versteckt?

Sehr geehrte Frau Ministerin, wäre es nicht ...

Vizepräsident Daniel Düngel: Frau Kollegin Schmitz, würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Bialas aus der SPD-Fraktion zulassen?

Ingola Schmitz (FDP): Danke schön. Ich möchte meine Rede fortführen.

Vizepräsident Daniel Düngel: Dann kommen Sie bitte zum Ende. Die Redezeit ist schon abgelaufen.

Ingola Schmitz (FDP): Sehr geehrte Frau Ministerin, wäre es nicht sinnvoller gewesen, anstatt neue Projekte strukturlos in das Land zu streuen, zunächst die heranwachsenden Pflänzchen zu pflegen, die bereits aus der guten Saat entstanden waren?

Bei der aufmerksamen Lektüre des Haushaltsplans erscheint mir ein weiterer Aspekt fraglich. In den nordrhein-westfälischen Landestheatern verschwinden scheinbar plötzlich Mitarbeiter und tauchen Monate später wieder auf. Dieses Rätsel ergibt sich zumindest im Vergleich der Beschäftigtenangaben des Jahres 2011 zwischen dem alten und dem neuen Haushaltsplan 2012. Im alten Entwurf finden wir beispielsweise bei der Burghofbühne Dinslaken eine Tarifbeschäftigtenzahl von 23 für 2011, der neue Entwurf weist für das gleiche Jahr plötzlich 24 aus.

Vizepräsident Daniel Düngel: Frau Schmitz, ich darf Sie noch einmal bitten, zum Ende zu kommen.

Ingola Schmitz (FDP): Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie werden verstehen, dass wir dem Kulturetat aufgrund dieser Mängel nicht zustimmen können. Ohne System und Konzept werden wir im kulturellen Bereich auf der Stelle treten. Eindeutig muss im Hinblick auf den Haushalt 2013 dringend nachgearbeitet werden. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Frau Kollegin Schmitz und Gratulation zu Ihrer Jungfernrede im Plenum.

(Allgemeiner Beifall)

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – das ist mir eine besondere Ehre – spricht Herr Kollege Keymis.

(Zurufe: Oh!)

Oliver Keymis (GRÜNE): Herzlichen Dank. – Herr Präsident, das sind frühe Lorbeeren; es ist ja auch noch nicht so spät. – Zum Kulturetat 2012 möchte ich nur kurz sprechen, da dieser im Wesentlichen schon verausgabt wurde. Das in diesem Fall aber kein Problem; denn wir sind froh, dass wir, obwohl sich das Parlament am 14. März 2012 auflösen musste – dafür haben wir gemeinsam gestimmt – und dann Neuwahlen stattfanden, trotzdem eine Regierung hatten, die in der Lage war, mit einem Etatentwurf weiter zu agieren, der schon im März 2012 eingebracht war. Dieser Entwurf sah für die Kultur etwa 196 Millionen € Fördermittel vor. Das ist

ein sehr schönes Volumen und das größte, das jemals für die Kultur von Landesseite zur Verfügung stand.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wir alle wissen, dass diese Mittel im Verhältnis zu dem, was unsere Kommunen für die Kultur leisten, nicht hoch sind. Die Kommunen Nordrhein-Westfalens leisten mit gut 80 % den Löwenanteil und sind damit kulturell weitaus stärker engagiert, als es das Land jemals sein kann. Deshalb sind wir froh, dass wir mit diesem Etat unseren Beitrag zu der Vielfalt, zu dem Reichtum und zu dem, was das Land kulturell ausmacht, leisten können.

Das ist immer noch eine ganze Menge, Herr Kollege Prof. Dr. Sternberg. Das wissen Sie. Denn Sie haben am Ende der Einbringung der „Kleinen Regierungserklärung“ der Kulturministerin im Kultur- und Medienausschuss gesagt: Es ist viel Schönes, Wahres und Richtiges dabei, und das ist gut so. – Deshalb ist es schade, dass Sie dem Etat nicht zustimmen können. Aus meiner und offenbar auch aus Ihrer Sicht ist es kein schlechter Kulturetat.

Ich will auch die kleinen Mäkeleien nicht näher bewerten, die man immer so hat. Wenn man regiert, hat man das Ganze zu verteidigen, wenn man opponiert, hat man es zu kritisieren. Diese Rollen wechseln ab und an. Wir erinnern uns gut an die Zeit, in der Schwarz-Gelb die Regierungsmehrheit hatte und erfreulicherweise einen guten Beitrag zum Kulturetat leisten konnte. Wir als Opposition haben das damals immer gewürdigt.

(Beifall von Angela Freimuth [FDP])

An dem Punkt sollten wir weiterhin fair miteinander umgehen. Das gilt dann aber auch umgekehrt. Wenn wir wirklich über den größten Kulturförderetat miteinander sprechen, den wir bisher hatten, dann sollte die Opposition das entsprechend anerkennen. Dann wirkt manches, über das gerade gemäkelt wurde, doch etwas klein.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich will Ihre erste Rede nicht besonders kritisieren, Frau Kollegin Schmitz, aber Sie sollten sich nicht zu lange bei den Stellen des Dinslakener Landestheaters aufhalten, zumal wenn sich die Zahl von 23 auf 24 verändert hat. Das ist kein Bereich, der uns in der Kulturförderung wesentlich belastet.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das Landestheater wiederum kann jede Stelle brauchen, um es offen zu sagen. Insofern sind sie sicher froh, dass sie mit einer Person mehr agieren können. Ich habe sogar den Verdacht, es könnte sich um eine Stelle handeln, die etwas mit Kinder- und Jugendkultur zu tun hat, weil sich all unsere Einrichtungen derzeit sehr stark bemühen, das

Programm für Kinder und Jugendliche auszuweiten. Das beste Beispiel stand gerade gestern in der Presseschau: Die Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen, unser landeseigenes Institut, hat eine eigene Kunstwerkstatt für Kinder und Jugendliche eingerichtet. Genau das sind die Modelle, weswegen es sich immer wieder lohnt, Kulturpolitik voranzutreiben.

Frau Ministerin, ich will Ihnen persönlich, aber auch der Abteilung sehr herzlich danken, dass Sie in der Lage waren, den Vollzug im Laufe des Jahres zu organisieren, dass wir gemeinsam erleben konnten, wie die Mittel für die Kultur im Wesentlichen abgeflossen sind. Auch da: Ich bin froh, Herr Kollege Sternberg, dass Sie nicht mehr das Wort „Katastrophe“ im Mund führen, wie noch im Ausschuss, sondern die Kritik heute etwas anders dimensioniert vorgetragen haben.

Es sind nicht sehr viele Projekte ausgefallen, weil der Etat nicht bewirtschaftet wurde. Der Etat ist bereits – das wurde heute oft bemängelt – zu etwa 95 % verausgabt. Will heißen: Das, was wir uns Anfang des Jahres gemeinsam vorgenommen hatten, ist auch im Bereich der Kultur an die Empfängerinnen und Empfänger geflossen. Es konnte genau das in Nordrhein-Westfalen weitergeführt werden, was uns seit vielen Jahren stolz auf dieses Land macht, nämlich eine breite, vielfältige, interessante und in der Dichte weltweit fast einmalige Kultur. Wir stehen gemeinsam in der Verantwortung dafür, dass das so bleibt; Kollege Bialas hat dankenswerterweise darauf hingewiesen.

Die Schuldenbremse liegt vor uns. In allen Reden hier im Hohen Haus wird seit Stunden gefordert – gestern wie heute –: Ihr müsst mehr sparen. – Wir werden uns der Diskussion stellen, auch was den Kulturretat angeht. Das sage ich in aller Klarheit. Seit zwölf Jahren trete ich immer wieder für dieses Thema an das Pult und habe immer gesagt: Wir müssen mehr für die Kultur tun. Ich hoffe, dass wir das im Grundsatz so beibehalten. Wenn es notwendig ist, werden wir aber auch in dem Bereich einen Beitrag zum Sparen leisten. An der Stelle diskutieren wir weiter, wenn der Haushaltsentwurf 2013 vorliegt.

Für meine Fraktion sage ich: Wir stimmen dem Haushalt 2012 zu, auch dem Teilhaushalt Kultur. Ich freue mich auf die weiteren Debatten und konstruktiven Gespräche mit allen hier im Hohen Hause und draußen im Land. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Kollege Keymis. – Für die Piratenfraktion spricht nun der Kollege Herrmann.

Frank Herrmann (PIRATEN): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Besucher auf der

Empore und im Stream! Ich freue mich, dass Sie an der Kultur hier im Parlament teilhaben wollen.

„Ohne Abweichung von der Norm ist Fortschritt nicht möglich.“ Die Sängerin Sarah Connor hat Recht; vor allem wenn es um die kulturelle Bildung heranwachsender Generationen geht. Künstlerische Förderung, die Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur gehören essenziell zur Herausbildung einer gut abgerundeten Persönlichkeit.

Kulturell gebildete Menschen gelten als geistreich, innovativ und inspirierend. Durch kulturelle Bildung lernt man nicht nur das rein materialistische Prinzip von Ursache und Wirkung kennen, sondern erfährt auch, wie die Menschheit diese Ursachen und Wirkungen interpretiert und mit ihnen umgeht. Man lernt, Normen und Regeln zu hinterfragen und spielerisch mit ihnen umzugehen.

Für uns Piraten ist dies die Quintessenz einer guten Bildung: Fragen stellen, gestalten und Visionen haben dürfen, ohne gleich zum Arzt geschickt zu werden.

Frau Ministerin Schäfer, Sie scheinen dies verinnerlicht zu haben. Denn die Töpfe für die Kulturförderung in NRW sind um rund 8 Millionen € angewachsen. Daher könnte man davon ausgehen, dass nur wenige Millionen Euro zusätzlich in die Kulturförderung fließen, aber uns Kürzungen zum Glück erspart bleiben. Das könnte ein schöner Ausblick sein.

Doch der Schein trügt: 8 Millionen €, Frau Schäfer, sind – auf gut rheinisch gesagt – „Killefit“. Das gilt vor allen Dingen dann, wenn man sich die Verpflichtungsermächtigungen, also die Veranschlagung für das kommende Haushaltsjahr, ansieht. Dort fallen rund 62 Millionen € weg. Das sind aber genau die Gelder, mit denen beispielsweise kulturelle Träger oder Projekte für das nächste Jahr rechnen. Wir fragen: Wo fallen diese Gelder weg? Laufen einfach so viele Projekte aus? Werden diese Projekte erfolgreich fertiggestellt? Oder möchte sich die Landesregierung einfach gewisser Kosten entledigen? – Wir gehen sogar so weit zu sagen, dass dies im eigentlichen Sinne keine Kosten, sondern Investitionen sind, und zwar Investitionen in Kultur, die dringend getätigt werden müssen.

Ohne kulturelle Bildung und Förderung ist es für einen jungen Menschen schwer, eine eigenständige und gut abgerundete Persönlichkeit zu werden. Gerade die Konfrontation mit Kunst, die vom Normbruch in verschiedenster Art lebt, regt die Phantasie der Menschen an. Durch die Auseinandersetzung mit Traditionen aller Art und überlieferten Werken aus der Pop- und Hochkultur entwickelt man seine Vorlieben, eine kulturelle Identität und somit einen Sinn für Herkunft und Zukunft.

Auch kulturgeographisch ist es wichtig, manchmal von Normen oder eben Gewohnheiten abzuweichen. Die Metropolen am Rhein und vor allem an der Ruhr werden mit Leuchttürmen und großen Pro-

jekten noch und nöcher bedacht. Dort gibt es spannende Dinge mitzubekommen – auch als Kind oder Jugendlicher: Schüler aus dem Ruhrgebiet können mit dem Projekt „Jedem Kind ein Instrument“ ihre musikalischen Fähigkeiten entdecken und dank Fördermitteln ohne große Hürden ein Instrument erlernen.

Zum Kulturhauptstadtjahr wurden gerade hier große Hoffnungen auch in der Fläche geweckt. Aber diese Hoffnungen wurden jetzt leider enttäuscht. Zwar werden die wenigen Regionen außerhalb des Ruhrgebiets, in denen dieses Projekt getestet wird, weiterhin mitfinanziert; jedoch ist das langfristig nicht ausreichend. Die Förderung eines Kindes sollte nicht vom Wohnort abhängen.

An dieser Stelle möchte ich einmal die Super Nanny zitieren:

(Unruhe von der CDU)

„Zwei Dinge sollen Kinder von ihren Eltern bekommen: Wurzeln und Flügel!“ Aber wo sollen diese Wurzeln schlagen und die Flügel wachsen, wenn zu wenig Geld für die Förderung vorhanden ist? In Neuss etwa schrumpft die Musikschule. In Wuppertal gehen die Theater zugrunde.

(Andreas Bialas [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

Wohnorte der Kinder sind die einzelnen Kommunen. Die Kommunen, die nicht durch Leuchtturm-förderprojekte gesegnet sind, haben oft das Nachsehen für sich und ihre Bevölkerung. Aber auch ein Dorf oder eine Kleinstadt im Sauerland lebt von der Kultur als Standortfaktor. Wo es kulturell gebildete Menschen gibt, gibt es eine lebendige Kultur, die weitere Menschen anzieht und somit auch steigende wirtschaftliche Investitionen. Das ist einer der über 9.000 Gründe, aus denen wir heraus die Erhöhung des Verbundsatzes um 1 % fordern, Herr Bialas.

So hätten die Kommunen mehr Freiheiten, könnten auch für freiwillige Ausgaben ihre Gelder großzügiger einsetzen, statt ihre Kultur vor Ort totzusparen.

(Beifall von den PIRATEN)

Das Kind im Sauerland soll nicht nur die schöne Landschaft genießen können oder Skifahren lernen, sondern auch – ohne weit fahren zu müssen – über den lokalen Tellerrand hinausblicken können. Daher fordern wir, den Zugang zur Kultur durch Digitalisierung zu vereinfachen. Gerade hier hat man es oft mit Problemfeldern wie dem veralteten Urheberrecht oder versteckten Lizenzen zu tun. Schon alleine das Gebiet der rechtsfreien Werke und ihre Zugänglichmachung in digitaler Form durch Bibliotheken ist juristisch noch ein Minenfeld, das es zu ändern gilt.

Schließlich sollte Bildung Vorrang vor rein monetären Interessen haben.

(Beifall von den PIRATEN)

Geld allein reicht nicht, um zu wissen, dass das eingangs erwähnte Zitat nicht von Sarah Connor, sondern von Frank Zappa stammt und eben Goethe von Wurzeln und Flügeln für Kinder sprach, nicht die Super Nanny.

(Beifall und Lachen von den PIRATEN)

Wir werden für das kommende Haushaltsjahr Vorschläge einbringen, damit die geforderten Aufgaben bewältigt werden können. Wir hoffen, dass das auch beachtet wird.

Am aktuellen Haushalt ist nichts mehr zu ändern. Das Geld ist ausgegeben. – Ich danke Ihnen!

(Beifall von den PIRATEN und von Prof. Dr. Thomas Sternberg [CDU])

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Kollege Herrmann. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Schäfer.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es freut mich, dass wir in der Einschätzung einig sind, dass Nordrhein-Westfalen ein sehr, sehr starkes Kulturland ist und wir diese Stärke gemeinsam erhalten und weiterentwickeln wollen.

Für die Landesregierung möchte ich deutlich machen: Mit dem Haushalt 2012 setzen wir im Kulturbereich klare Prioritäten.

Um eine Frage gleich zu beantworten, Herr Herrmann: Wenn wir in den Verpflichtungsermächtigungen weniger angesetzt haben, hat das damit zu tun, dass wir Betriebs- und Personalkostenzuschüsse demnächst nicht mit VEs unterlegen wollen. Das bedeutet keine automatische Einsparung an irgendeiner Stelle. Das möchte ich noch einmal ganz deutlich machen.

Betonen möchte ich, dass es mir sehr wichtig ist, dass wir nach wie vor die kulturelle Bildung stärken. Wir wollen, dass alle Menschen in Nordrhein-Westfalen an Kunst und Kultur teilhaben können. Dabei sind die frühen Begegnungen mit Kunst und Kultur die ganz prägenden. Gemeinsam mit den Kommunen in Nordrhein-Westfalen wollen wir dieses Land zu einem Kinder- und Jugendkulturland machen. In diese Richtung sind wir schon ziemlich gut unterwegs. Das ist uns gerade noch einmal im Ausschuss der Kultusministerkonferenz attestiert worden, die sich speziell mit dem Thema der kulturellen Bildung in Deutschland befassen will und die dabei viele Projekte in Nordrhein-Westfalen als beispielhaft bezeichnet. Auch darüber können wir uns gemeinsam freuen. Das ist eine Entwicklung, die wir gemeinsam erarbeitet haben.

Wir brauchen aber in dem Bereich der kulturellen Bildung interessante altersgemäße kulturelle Angebote, die nicht nur erreichbar, sondern auch bezahlbar sind. Deswegen haben wir den Kulturrucksack Nordrhein-Westfalen entwickelt, den wir auch 2012 noch einmal mit 3 Millionen € ausstatten.

Liebe Frau Schmitz, Sie können gerne noch einmal im Internet unter www.kulturrucksack.nrw.de nachschauen, was die Kommunen inzwischen mit unserer Unterstützung und in Kooperation miteinander auf die Beine gestellt haben, um gute Angebote für eine ganz besondere Zielgruppe bereitzuhalten, nämlich für die 10- bis 14-Jährigen. Es war uns ein zentrales Anliegen, diese Zielgruppe gesondert anzusprechen.

Wir setzen das erfolgreiche Programm Kultur und Schule fort, und wir werden natürlich auch das Programm „Jedem Kind ein Instrument“ fortführen, aber wir wollen es flexibler gestalten.

An dieser Stelle möchte ich einhaken, weil die Frage „Warum weiten wir JeKi nicht auf das ganze Land aus?“ in einigen Beiträgen ein besonderes Thema war. Frau Schmitz, Sie sind die erste Legislaturperiode in diesem Landtag. Ich muss Ihnen sagen, dass wir 2010 bei der Übernahme dieses Projekts feststellen mussten, dass das laufende Projekt absolut unterfinanziert war.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Das heißt, es war überhaupt nicht möglich, einen Schritt darüberhinauszuweichen. Wir mussten dieses Projekt erst einmal stabilisieren und haben dies insgesamt mit 4 Millionen € getan. Das nur zur Klarheit und Wahrheit.

Eine Ausweitung auf das Land – das haben Sie selber noch in Erinnerung – würde 60 bis 70 Millionen € kosten. Ich warte auf die Anträge der CDU, wenn Ihnen das so wichtig ist. Sie können diese Anträge in den Landtag einbringen, und dann debattieren wir noch einmal darüber, ob wir das leisten können, ja oder nein. Ich sage, zum gegenwärtigen Zeitpunkt können wir das nicht leisten. So viel zur Wahrheit und Klarheit.

Ich möchte noch einmal deutlich betonen, eine breite kulturelle Teilhabe ist ohne eine künstlerische Avantgarde, ohne Spitzenkunst nicht denkbar. Als herausragende Beispiele seien diesmal benannt die RuhrTriennale, die gerade unter dem Intendanten Heiner Goebbels in einer sehr spannenden Ausrichtung stattgefunden hat, und die wunderbare Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen, die aller Beachtung wert ist und international in einer großen Liga mitspielen kann.

Wir wollen auch als Land weiter unseren Beitrag dazu leisten, die einzigartige Theater- und Orchesterlandschaft zu erhalten. Die Zusammenarbeit im Rahmen der Theaterkonferenz hat sich sehr bewährt, und wir setzen sie fort. Erstmals gibt es damit

einen langfristig angelegten gemeinsamen Dialog und Diskurs zu Fragen der kommunalen Theater- und Orchesterentwicklung in Nordrhein-Westfalen. Auch in diesen schwierigen Zeiten haben wir im letzten Jahr für den Theaterpakt 4,5 Millionen € zusätzlich aufgebracht. Diesen Betrag stellen wir auch 2012 wieder in den Haushalt ein.

Eine ausgesprochene Unterstützung finden auch unsere Landestheater und -orchester; das möchte ich ganz deutlich betonen.

„Wandel durch Kultur – Kultur durch Wandel“ war das Motto der Kulturhauptstadt 2010 nach Karl Ernst Osthaus. Das bleibt weiter ein wichtiges kulturpolitisches Thema für uns.

Unser Förderbereich „Kultur und kreative Ökonomie“ soll die komplexen Prozesse des ökonomischen und gesellschaftlichen Wandels in den Regionen und in den Kommunen mit künstlerischen Projekten unterstützen.

Es ist auch angesprochen worden, dass der Kulturhaushalt des Landes relativ klein ist. Das ist historisch begründet. Wir wollen aber dafür Sorge tragen, weiterhin die Förderung von Kunst und Kultur als Gemeinschaftsaufgabe in Nordrhein-Westfalen zu bewahren. Diese Partnerschaft ist mir sehr wichtig.

(Vorsitz: Präsidentin Carina Gödecke)

Für die Kulturaufgaben, die vom Land und den Kommunen in gemeinsamer Verantwortung getragen werden, wollen wir einen Rahmen schaffen. Wir werden deshalb die Arbeit an unserem Kulturfördergesetz, die durch die Neuwahl unterbrochen wurde, fortsetzen und durch dieses neue Gesetz entsprechende Akzente setzen. Es soll die Kulturförderung planvoller und transparenter machen. Das vorhandene Geld soll effizient und zukunftsgerichtet eingesetzt werden. Und wir wollen die breit und vielfältig gewachsene Kulturlandschaft des Landes mit ihren Strukturen erhalten. Das werden wir im Landtag gemeinsam debattieren, und ich freue mich auf die Debatte rund um das Kulturfördergesetz, weil es den Blick für die landespolitischen Aufgaben in Kunst und Kultur schärft.

Abschließend noch mal: Wir investieren mit diesem Haushalt 2012 weiter zielgerichtet in die Kultur und die Kunst unseres Landes Nordrhein-Westfalen. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit mit Ihnen in den entsprechenden Ausschüssen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin Schäfer. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Ministerin hat ihre Redezeit um 1 Minute 30 Sekunden überzogen. Gibt es bei jemandem den Wunsch, ebenfalls noch zu reden? – Das ist nicht

der Fall. Ich schließe die Beratung zum Teilbereich Kultur.

Ich rufe auf den

Teilbereich Sport

Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Kollegen Müller das Wort.

Holger Müller (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Ministerin Ute Schäfer hat sich auf ihrem Platz nach hinten umgedreht.)

– Frau Schäfer, hier bin ich!

(Heiterkeit)

Frau Schäfer, Sie haben ein gutes Stichwort geliefert. Sie haben in Ihrer letzten Rede gesagt, dass Sie klare Prioritäten setzen. Das stimmt. Rot-Grün hat eben abgefeiert, dass es der größte Kulturetat aller Zeiten sei. Und beim Sport hat sich nichts geändert. Sie haben also klare Prioritäten gesetzt: Kultur vor Sport.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

– Quatsch doch nicht immer dazwischen!

(Heiterkeit – Beifall von der FDP und den PIRATEN)

Es ist durchgängig ein beliebtes Motto der rot-grünen Landesregierung, wenn irgendetwas nicht klappt oder nicht gut läuft, sind grundsätzlich die anderen schuld.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich will mal ein paar Punkte aufzählen. Die Landesregierung hat den Pakt für den Sport abgeschlossen. Eine Riesenänderung, bei der schwarz-gelben Landesregierung hieß es: Bündnis für Sport.

(Zuruf von den GRÜNEN: Aber ohne Geld!)

Das ist auch nichts Neues, schuld sind die anderen, Schwarz-Gelb.

Sie feiern, dass Sie 18 Sportschulen einrichten wollen. Die Idee, fünf Sportschulen aufzumachen, war von Schwarz-Gelb – übrigens bis 2010 von Rot-Grün erbittert bekämpft.

(Beifall von der CDU)

So kann man auch sehen, dass ein Regierungswechsel partiell Einsicht fördert.

Nächster Punkt: „1000 mal 1000“. Wir haben alle Vereine mit verschiedenen Dingen gefördert. Sie haben das auf den Ganzttag umgestrickt. Schuld sind die anderen, auch Schwarz-Gelb. Denn auch die Idee stammt von uns.

Quietschfidel, die Aktion für Immer-Schwimmer. Das war alles von Schwarz-Gelb.

Jetzt werfe ich Ihnen das überhaupt nicht vor. Aber als wir das aufgeschrieben haben, ist mir ein altes Lied eingefallen. Das singe ich jetzt nicht, aber den Text kennen Sie noch: „Es ist alles nur geklaut.“ – Ein bisschen anders gemacht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Den Haushaltsplan Sport braucht man eigentlich auch nicht mehr groß zu lesen, denn wenn man ihn zweimal gelesen hat, kennt man ihn auswendig: keine neuen zündenden Ideen.

Dabei, Frau Ministerin, gibt es ein großes Thema, das sie vielleicht noch anpacken. Das ist die Inklusion, die auch im Sport eine große Rolle spielt. Da schaue ich in den Koalitionsvertrag und lese dann, ...

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Gute Idee!)

– Doch soll man lesen. Feindbeobachtung ist wichtig, Herr Mostofizadeh, das wissen Sie doch.

(Heiterkeit)

Dann lese ich in diesem Koalitionsvertrag, dass die Landesregierung dafür sorgen wird, dass bei überregionalen Bauprojekten barrierefrei gebaut wird. – Das ist grandios. Ich wüsste jetzt im Moment kein überregionales großes Bauprojekt, aber immerhin, es könnte ja kommen.

Aber das Problem liegt doch nicht bei dem überregionalen großen Bauprojekt. Das Problem liegt bei der Inklusion vor Ort.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Diese Frage ist doch entscheidend. Da wäre ich Ihnen schon dankbar, würden Sie das in der nächsten Zeit angehen und nicht so große plakative Sätze in den Raum stellen.

An dieser Stelle – da sind wir uns sicherlich einig – muss man Dank sagen – Dank an die Zigttausend Ehrenamtlichen im Lande, die wir teilweise auch ehren. Da gibt es auch die Übungsleiterpauschale. Es wäre im Übrigen schön, wenn man die erhöhen könnte.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Auch das warten wir ab.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich daran erinnern, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung die Steuerfreibetragsgrenze auch für die Übungsleiter, für die ehrenamtlich Tätigen, vor Jahren erhöht hat und – das ist wichtig – sie jetzt weiter erhöhen wird.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Frau Ministerin, auch hier sind natürlich die anderen schuld, nämlich Schwarz-Gelb.

Zum Abschluss möchte ich mich beim LSB bedanken, der der Dachverband aller Verbände und Vereine ist und eine gute Arbeit leistet. Darüber sind wir uns bestimmt alle einig. Er hat die Unterstützung der Landesregierung, aber wie in den vergangenen Jahren auch die der CDU-Fraktion.

Abschließend kann ich nur sagen: Es wäre so schön, wenn Sie wirklich einmal etwas Neues brächten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Müller. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Bischoff.

Rainer Bischoff (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Müller, ich habe auf meinen Kalender gesehen, ob wir schon den Elften im Elften haben. Wir haben ihn noch nicht; wir haben ihn erst in drei Tagen. Sie haben immer einen gewissen Unterhaltungseffekt.

(Zuruf von Holger Müller [CDU])

– Ja, den haben Sie regelmäßig; das schaffen Sie das ganze Jahr über.

Nur: Ich habe nicht erkannt, wo die Konsequenz liegt. Man muss wissen, dass die CDU-Fraktion zu diesem Haushalt im Sportausschuss erklärt hat, sie lehne ihn ab, weil sie den Haushalt insgesamt ablehne – also sportpolitisch keine Aspekte sehe, warum sie ihn ablehnen sollte.

Jetzt hat Herr Müller hier erklärt: Alles ist von Schwarz-Gelb geklaut. Das stimmt zwar nicht, aber wenn es die Logik des Herrn Müller ist, müssen Sie dem Haushalt doch gleich zustimmen; das nehme ich doch an. Wenn alles von Schwarz-Gelb ist, dann ist es doch wunderbar. Dann müssen Sie doch zufrieden sein. Ich bin gespannt, wie Sie sich bei der Abstimmung verhalten. Eine Logik hat Ihre Rede nicht, will ich damit sagen. Das kann man wahrlich nicht behaupten.

Dass Sie als Abgeordneter, der die Regierung kontrollieren soll, das Studium des Koalitionsvertrages der Regierung als Feindbeobachtung bezeichnen, ist auch ein bisschen verwunderlich, finde ich. Diese Kontrolle gehört genauso zu Ihren wie zu meinen Aufgaben. Dazu muss man lesen, was die Regierung vorhat.

Ich erkenne in Ihrem Reden jedenfalls keine Konsequenz, um es freundlich zu formulieren. Ich höre Ihrerseits nur Schlagworte.

(Zuruf von der CDU)

– Ich habe das Recht auf freie Rede und gehe auf den Vorredner ein. Das ist hier eigentlich so üblich.

Im Sinne einer lebhaften Debatte sollte man das auch versuchen.

(Zuruf von der CDU)

– Ja, ich fange jetzt mit dem an, was ich mir vorgenommen habe. – Die Opposition, stelle ich fest, hat keine Gründe, den Sporthaushalt abzulehnen. Deswegen kann ich mich bei der Begründung vergleichsweise kurz fassen.

Die Ausgaben in den operativen Bereichen werden vom Haushalt 2011 überrollt. Eine Steigerung um 8,2 Millionen € haben wir bei den Strukturförderungen, sprich: den Förderungen des Breitensports, des LSB, der Sportstiftung NRW. Das ist etwas, was sich in finanziell schwierigen Zeiten sehr gut sehen lassen kann und was übrigens die Sportlerfamilie durchaus auch anerkennt. Das kann man gar nicht anders sagen.

Ich kann auch dem Landessportbund für seine Arbeit danken, und ich finde es wichtig, wie er auf die Arbeit des Parlamentes in Sachen Haushalt reagiert: Wenn man mit Vertretern des LSB Gespräche führt, spürt man durchaus Anerkennung der Sportlerfamilie für das, was wir hier mit diesem Haushalt leisten.

Das vorhandene Volumen ist aber auch notwendig, weil in der Tat noch eine Reihe von wichtigen Aufgaben vor uns liegen. Sie haben das Thema „Inklusion“ angesprochen. Daran arbeiten wir emsig. Ich habe für diese Debatte gerade ein Gespräch mit den Behindertensportverbänden des Landes Nordrhein-Westfalen zu diesem Thema unterbrechen müssen.

Ein weiteres wichtiges Feld heißt „Gewalt im Sport“. Der Ausdruck ist plakativ. Die Phänomene sind aber sehr unterschiedlich – da sind wir uns wohl relativ einig –: Das, was bei Fortuna Düsseldorf im Sommer geschehen ist, ist völlig anders zu bewerten als die Vorkommnisse in Dortmund. Die Sache „Pyrotechnik“, die in den Stadien abgebrannt wird, ist wieder etwas anderes.

Gewaltphänomene gibt es aber auch im Breitensport; und sie werden immer stärker. In meinem Fußballkreis beispielsweise werden immer mehr Spiele durch die Schiedsrichter abgebrochen, weil es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kommt. Wir verzeichnen auch Versuche von Einflussnahmen durch Naziorganisationen auf Fanstrukturen. Auch diesbezüglich müssen wir sehr hellhörig sein.

Ein weiterer Punkt ist sicherlich die Stärkung des Ehrenamtes.

Was den nächsten Punkt anbelangt, haben Sie ja erwähnt, dass wir damit in Kontinuität zu Ihnen ständen, was wiederum Ihre Zustimmung zwingend macht. Es ist das Programm „Quietschfidel“, bei dem es darum geht, den Menschen Schwimmkenntnisse beizubringen. Auch das ist ausgesprochen notwendig.

Alles das sind Schwerpunkte, mit denen wir uns in Zukunft weiter beschäftigen werden. Es bleibt also eine Menge zu tun. Das wissen wir, die wir uns mit dem Sport befassen. Wir packen es an. Ich bin gespannt, wie sich die CDU gleich bei der Abstimmung verhält. Nach Ihren Äußerungen müssten Sie ja zustimmen. – Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bischoff. – Für die FDP-Fraktion spricht der Kollege Lürbke.

Marc Lürbke (FDP): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Diskussion ist ja durchaus lebhaft. Das wird dem Thema „Sport“ auch gerecht. Letztlich aber gibt es Politikfelder, die strittiger und emotionaler diskutiert werden. Ich denke, wir haben in Bezug auf den Sport hier durchaus auch Gemeinsamkeiten zwischen den Fraktionen. Das tut dem Sportland Nummer eins gut, wenn wir in vielen Fragen einig sind.

(Beifall von der FDP)

Natürlich haben wir auch feine Unterschiede.

Aber ich darf als durchaus positiv feststellen, dass es nach wie vor – Herr Müller hat das sehr schön ausgeführt – eine gewisse Kontinuität in den Sporthaushalten gibt. Das gilt übrigens nicht nur seit 2010, sondern auch für die Jahre davor. Aber das ist auch nur die eine Seite der Medaille.

Damit komme ich zum Aber. Denn wenn ich zum Beispiel darüber nachdenke, mit welcher Vehemenz Sie, meine Damen und Herren von SPD und Grünen, noch zu Oppositionszeiten eine Planungssicherheit bei der Finanzausstattung des Landessportbundes angemahnt haben – Sie haben das Thema ja auch deutlich in Ihren Koalitionsvertrag geschrieben –, dann ist es doch schon etwas ernüchternd, dass wir in diesem Punkt auf der Habenenseite noch nichts verbuchen können.

Bitte verstehen Sie mich richtig: Wir Freie Demokraten würden es sehr begrüßen, wenn wir als Land gegenüber dem Landessportbund eine verlässlichere Finanzierung gewährleisten könnten. Das ist ganz klar. Wir alle wissen um die diesbezüglichen Probleme und Schwierigkeiten. Allerdings müssen Sie Ihren Ankündigungen dann auch Taten folgen lassen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Das Gleiche gilt übrigens auch bei der Frage „Erhöhung der Übungsleiterpauschale“. Auch das hat Herr Müller dankenswerterweise schon angesprochen. Hier muss man konstatieren: Zu Oppositionszeiten haben Sie große Worte geschwungen, aber

während der Zeit Ihrer Minderheitsregierung letztlich keinen Finger gerührt. Jetzt, im Haushalt 2012, ebenfalls Fehlanzeige. Das, meine Damen und Herren, ist in Anbetracht Ihrer Forderung ganz sicher kein glaubwürdiges Handeln in dieser Frage.

(Beifall von der FDP)

Es kann – das haben wir im Ausschuss am Dienstag schon gehört – auch eine kleine Anerkennung gegenüber den Übungsleitern schon eine große Wirkung zeigen. Sie müssten eigentlich fähig und in der Lage sein, durch eine Einsparung an anderer Stelle hier einen kleinen Schritt voranzuschreiten.

Meine Damen und Herren, ebenfalls muss ich das Programm „1000 mal 1000“ ansprechen, neuerdings mehr titulierte als „Sport im Ganztag“. Ich weiß, „1000 mal 1000“ ist nicht so unbedingt Ihr Lieblingsthema. Aber dabei hat es doch nachweislich vielen Sportvereinen in Nordrhein-Westfalen einen echten Gewinn gebracht. Das sehen wir auch daran, dass Sie dieses erfolgreiche Programm eines liberalen Sportministers jetzt – wie soll ich sagen? – heimlich, still und leise für andere Aufgaben verwenden. Es ist aus Ihrer Sicht sicher geschickt gemacht, keine Frage.

Übrigens will ich betonen, dass wir Liberale der weiteren Vernetzung von Sport und Schule auch einen hohen Stellenwert beimessen. Aber dass das jetzt und in Zukunft auf Kosten der Vereine geschehen soll, das können wir nicht unterstützen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Noch einmal – ich erläutere das gerne –: Unser Programm hatte einen völlig anderen Ansatz. Es war als echte Hilfe für die Vereine gedacht. Darin lag auch der Erfolg des Programms.

Jetzt schneiden Sie vielen Vereinen den Weg zur Teilhabe an dieser guten Idee leider ab. Es gibt nämlich, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, tatsächlich Sportvereine in unserem Land, die weder den Willen noch die Möglichkeit haben, sich als Partner im Ganztag anzubieten. Das vernachlässigen Sie hier dann leider sträflich.

Wenn wir schon bei den Vereinen sind: Wenn Sie im Koalitionsvertrag schreiben, dass Sie neue Entwicklungen im Sport – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin – auch außerhalb traditioneller Vereinsstrukturen unterstützen wollen – Zitat Ende –, dann macht mich das schon ein wenig stutzig.

Meine Damen und Herren, für uns Liberale ist Individualismus ein hohes Gut. Das gilt auch im Sport, keine Frage. Aber ich bitte zu bedenken: Bei dem einen oder anderen Vereins- oder Verbandsvertreter sorgen derlei Bemerkungen durchaus für Irritationen. Ich sage offen: Ich kann das ganz gut verstehen. Denn wie soll man sich das genau vorstellen? Ich lasse da gerne meiner Fantasie etwas freien

Lauf. Oder, freundlich formuliert: Da gibt es mit Sicherheit noch erheblichen Klärungsbedarf.

Aber, Frau Ministerin, all dies werden wir sicher intensiv besprechen und klären, unter anderem dann, wenn wir uns mit dem Haushalt auseinandersetzen, der eben noch nicht zu elf Zwölfeln verausgabt ist, das heißt: der eine längere Halbwertszeit als wenige Wochen hat. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Kollegin Paul das Wort.

Josefine Paul (GRÜNE): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Müller, Herr Lürbke, ich muss natürlich mit dem anfangen, was Sie hier vorgelegt haben, vorgetragen haben.

Mehr Geld für den LSB hat es gegeben, in diesem Jahr 8 Millionen mehr. Das wissen auch Sie, wenn Sie den Haushalt richtig lesen. Und die Planungssicherheit, wie im Koalitionsvertrag festgeschrieben, bleibt doch unser Ziel, und zwar im Dialog mit dem LSB. Diesen Dialog führen wir auch im Moment.

Herr Müller, wenn Sie sagen, das, was wir „Pakt für den Sport“ nennen, hätte es auch bei Ihnen schon gegeben, nur unter dem Titel „Bündnis für den Sport“, will ich Ihnen einmal den qualitativen Unterschied nennen. Der „Pakt für den Sport“ ist endlich einmal mit Geld hinterlegt und nicht nur mit warmen Worten wie das schwarz-gelbe „Bündnis für den Sport“.

Wenn wir schon bei „1000 mal 1000“ sind, Ihrem absoluten Lieblingsthema, weil Ihnen sonst im Grunde genommen eigentlich nichts einfällt, weil wir so einig sind über die Ausrichtung der Sportförderung in Nordrhein-Westfalen, dann will ich Ihnen auch dazu noch einmal unsere Einschätzung vortragen. Wir haben mit dem Programm „1000 mal 1000“ neue Prioritäten gesetzt, statt mit der Gießkanne durchs Land zu gehen.

(Beifall von der SPD)

Das, was Sie hier ins Feld führen, Herr Müller, das sind Phantomschmerzen und nichts anderes.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Denn die Fokussierung eines solchen Projekts wie „1000 mal 1000“, ausgestattet – wenn man das einmal ausrechnet – mit 1 Million €, auf den „Sport im Ganztage“ ist doch sinnvoll und notwendig angesichts der großen Herausforderungen, denen sich der organisierte Sport doch durch den Ganztage gegenüberstellt. Es gilt doch vor allem, hier die Chancen zu nutzen, die sich für den organisierten Sport, aber eben auch für die Schulen durch den Ganztage ergeben. Ich halte es nach wie vor für sinnvoll und richtig, da solche Prioritäten zu setzen.

(Beifall von der SPD)

Weil Sie vorhin beklagt haben, es fehlte Ihnen Innovation, will ich Sie doch einmal kurz mitnehmen auf eine kleine Reise durch den Landessportplan. Dabei werden wir, glaube ich, sehen, dass im Landessportplan durchaus viel Innovation ist. Denn er verbindet bzw. fasst zusammen alle Ausgaben der Landesregierung für den Sport. Wir finden da Posten aus gleich sieben Ministerien, egal, ob wir jetzt von Bildung reden, von Wissenschaft, von Integration, von der Förderung des Ehrenamtes oder kommunalem Städtebau, also klassischem Sportstättenbau oder allgemeinen Bewegungsgelegenheiten. Wir sehen: Überall hat der Sport seinen berechtigten Platz.

Lassen Sie mich ein Beispiel nennen, das man auch mit Blick auf die Reihenfolge des Redesettings hier als ein solches sehen kann: Wir stellen in diesem Jahr wieder die notwendigen Mittel für das Programm „Mehr Chancen für Frauen und Mädchen im Sport“ bereit. Dabei geht es um Frauen in Führungspositionen im Sport, um Gewalt gegen Mädchen und Frauen, um die Verhinderung dieser Gewalt sowie auch darum, Frauen mit Zuwanderungsgeschichte stärker in bestehende Sportstrukturen einzubeziehen.

Wenn Sie mir diese Bemerkung erlauben, Frau Ministerin: Vielleicht sollte man zusätzlich aufnehmen: „Mehr Frauen in die Sportpolitik“. Ich fühle mich an der Stelle immer relativ vereinsamt und bin froh, dass zumindest Sie mich unterstützen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Der Kollege Bischoff hat das Thema „Inklusion“ schon angesprochen. Und damit sind wir bei „Innovation“. Sie haben „Inklusion“ eher wieder als Schreckensszenario aufgebaut, während es für uns ein sehr, sehr wichtiger Bereich ist. Sie haben recht mit Ihrer Aussage, Inklusion müsse in erster Linie vor Ort geschehen. Das ist klar. Wir werden uns aber darüber verständigen müssen, wie das langsam von unten aufwachsen kann. Das kann man nicht von oben überstülpen. Auf diesen Weg hat sich die Landesregierung mit der vor Kurzem in Köln unter anderem von ihr durchgeführten Tagung zu dem Komplex „Inklusion durch Sport“ begeben. Auch der Sport wird einen wichtigen Beitrag zur Inklusion für NRW leisten können.

Ich glaube, dass schon diese kleinen Beispiele deutlich machen, dass Sport eben mehr ist als Kunstrasen und Tartanbahn. Dieser Haushaltsentwurf der Landesregierung trägt unserem breiten gesellschaftlichen Anspruch im Bereich Sport durchaus Rechnung.

Darüber hinaus freue ich mich über die diversen herausragenden Strukturen im Bereich Sport in unserem Land, die Strahlkraft über NRW hinaus besitzen. Zu nennen sind neben anderen das Deutsche Sport & Olympia Museum in Köln, die Deutsche

Sporthochschule in Köln, die Sportstiftung und die vielen Sportstätten mit überregionaler Bedeutung, für deren Erhalt und Modernisierung wir auch in diesem Jahr wieder einen zweistelligen Millionenbetrag zur Verfügung stellen.

Wir sind auch – das darf man auch nicht vergessen – immer wieder Gastgeberland für sportliche Großveranstaltungen. Es ist uns dabei immer wieder gelungen, uns als sportbegeistertes Land, als faire, offene und tolerante Gastgeber und – natürlich auch – Gastgeberinnen zu präsentieren. Das wird auch in den nächsten Jahren so sein. NRW ist und bleibt – sowohl was das Zuschauen als auch das aktive Teilnehmen angeht – Sportland Nummer eins. Darauf können wir, glaube ich, alle miteinander zu Recht stolz sein.

Für eine erfolgreiche Sportpolitik bedarf es allerdings auch kompetenter und verlässlicher Partner. Die sind hier schon aufgeführt worden. Auch ich will noch einmal darauf eingehen, dass der Landessportbund natürlich unser erster und wichtigster Ansprechpartner für unsere Arbeit ist, die oftmals – bei all dem, was Politik sich immer erhofft, was Sport leisten soll – ambitioniert erscheint. Im LSB aber haben wir einen Partner gefunden, der seine Kräfte mit uns gemeinsam für einen Sport in der Mitte der Gesellschaft einbringt.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, ich konnte Ihnen mit diesen paar kleinen Anmerkungen die Bedeutung des Sports für NRW deutlich machen. Wir brauchen den Sport als Partner, aber umgekehrt braucht der Sport natürlich auch eine verlässliche Politik als Partner. Ich denke, in diesem Haushalt ist es uns gelungen, die notwendigen Mittel bereitzustellen, damit der Sport seine Potenziale ausschöpfen kann. Diese Mittel werden wir auch in Zukunft – auch vor dem Hintergrund einer in den nächsten Jahren nicht leichter werdenden Finanzlage – bereitstellen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Paul. – Für die Piraten hat Herr Kollege Lamla das Wort.

Lukas Lamla (PIRATEN): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Zuschauer! Kommen wir zum Sport: Das Jahr 2012 war aus sportlicher Sicht für NRW – auch im Hinblick auf die Olympischen Spiele – ein sehr erfolgreiches Jahr.

Aus der von Frau Schäfer abgegebenen Kleinen Regierungserklärung lesen wir einige ambitionierte Schwerpunkte heraus, zum Beispiel aus Sätzen wie „Sport für alle“, „Kinder und Jugendliche als besondere Zielgruppen“. Wir lesen dort von dem Integrationspotenzial des Sports, vom Festhalten an der Sportpauerschale, von der Zusammenarbeit mit dem

Landessportbund sowie vom vielschichtigen Fördersystem für Spitzensportler. Das alles hört sich – das muss man sagen – ziemlich toll an.

Nordrhein-Westfalen ist im Vergleich zu den anderen Bundesländern mit ziemlich hoher Kompetenz ausgestattet. Das ist unter anderem ein Verdienst des sehr gut organisierten Landessportbundes, der sportwissenschaftlichen Institute und nicht zuletzt der über 20.000 größtenteils ehrenamtlich organisierten Sportvereine. Das nämlich ist die Wurzel, das Kernpotenzial des Sports, und zwar seit Jahrzehnten.

Wir müssen versuchen, dieses Kernpotenzial für andere Bereiche nutzbar zu machen. Es muss gelingen, auf der einen Seite die Kernstrukturen zu stärken und auf der anderen Seite neue Perspektiven zuzulassen, um nicht von der gesellschaftlichen Veränderung überholt zu werden. Es muss gelingen, dass Integration und Inklusion im Sport nicht nur Worthülsen bleiben, sondern mit Inhalten gefüllt werden.

(Beifall von den PIRATEN)

Auch muss es gelingen, über die Sportförderung ein Bewusstsein für gesundheitsfördernde Maßnahmen zu schaffen. Damit meinen wir nicht das plakative Verweisen auf die Floskel, man müsse mehr Sport treiben, dann würde man gesund bleiben. Das ist einfach zu wenig. Vielmehr muss es eine ehrliche Debatte über folgende Fragen geben: Was können Vereine im Kontext sozialer Integration und gesundheitsfördernder Maßnahmen leisten? Wo kann gezielt unterstützt werden?

All diese Aufgaben – getreu dem Motto: Aus den Augen, aus dem Sinn – dem Landessportbund zu übertragen, kann keine Alternative im Sinne einer nachhaltigen und verantwortungsbewussten Sportförderung sein, meine Damen und Herren.

(Beifall von den PIRATEN)

Kinder und Jugendliche werden als besondere Zielgruppe immer wieder hervorgehoben. Das ist richtig und wichtig. Als Beispiel nenne ich die 500 Bewegungskindergärten, die im Laufe der letzten Jahre errichtet wurden. Das sind auf den ersten Blick viele. Es ist auch ein guter Ansatz.

Bei genauerem Hinsehen und einer ehrlichen Debatte jedoch sind andere – vor allem niedrigschwellige – Maßnahmen notwendig, um mehr Kinder für Sport und Bewegung zu begeistern. Grundsätzlich gilt: Begeisterung für niedrigschwellige, leicht zugängliche Sportangebote ist der Schlüssel zur Bewältigung einer der sportpolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.

Aber nicht nur Kinder und Jugendliche sind als besondere Zielgruppen anzusehen. Es gilt, gerade im Hinblick auf die Veränderung der Altersstruktur ältere Personen und Hochbetagte in Bewegung zu halten und Strukturen zu schaffen, die über Senioren-

vereine hinausreichen. Das Thema „Integration“ respektive „Inklusion“ ist bei den Piraten tatsächlich ein Dauerthema. Wir sehen, dass es im Sport große Potenziale gibt, um Menschen mit Migrationshintergrund und/oder einer körperlichen bzw. geistigen Einschränkung am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen.

Sportvereine und Migrantenorganisationen können dazu einen großen Beitrag leisten, wenn sie von professionellen Strukturen unterstützt werden. Leistungssport und Breitensport können die mit den gesellschaftlichen Veränderungen einhergehenden neuen Anforderungen an die Sportförderung nicht zufriedenstellend stützen.

Vor diesem Hintergrund ist es eine Sache der Politik, sich für neue Perspektiven zu öffnen. Offene, fernab von Vereinsstrukturen für jedermann frei zugängliche Sportangebote sind ein Weg, um auf neue Bedürfnisse einzugehen. Kooperationen sind ein anderer Weg, Vereine und andere Institutionen an Lösungen arbeiten zu lassen. Neue Bedürfnisse, die in der Mitte der Gesellschaft entstehen, aufzugreifen und angemessene Angebote dafür zu entwickeln, sind ein Weg, um mit diesen neuen Herausforderungen umzugehen.

Dazu gehört es übrigens auch, sich einmal anzuhören, was die Fußballfans denn so zu sagen haben, denn diese befinden sich momentan in einer Gewaltdebatte und werden dort stigmatisiert. Das haben wir bereits in den letzten Wochen zweimal gemacht, Herr Jäger.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir sehen es aber auch als unsere Aufgabe an, hier mitzuarbeiten, Ideen zu entwickeln, um auf die Anforderungen des 21. Jahrhunderts im Sinne des Sports angemessen zu reagieren. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Lamla. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Schäfer.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem Haushalt 2012 für den Sport verfolgen wir unsere sportpolitischen Ziele konsequent weiter und stellen sie auch mit den notwendigen Mitteln aus. Und diese Ziele sind in der letzten Debatte im Sportausschuss unisono von allen Fraktionen gewürdigt worden. Darüber habe ich mich im Sportausschuss auch sehr gefreut.

Herr Müller, Sie haben jetzt einen etwas anderen Akzent gesetzt nach dem Motto: Es ist ja alles nur geklaut. Gibt es überhaupt etwas Neues? – Das fand ich ein bisschen schade, weil wir uns in der Sache mit Blick auf die Dinge, die wir tun, relativ ei-

nig waren und alles tun wollen, um weiterhin dafür Sorge zu tragen, dass NRW das Sportland Nummer eins bleibt. Das ist uns bis jetzt allen gemeinsam sehr gut gelungen.

Wir sichern die Sportförderung des Landes auf hohem Niveau. Das Sportkapitel weist dafür rund 13,5 Millionen € mehr aus als im Vorjahr, einmal, weil das nationale Fußballmuseum in Dortmund finanziert werden muss, und weil wir natürlich mehr Einnahmen aus Konzessionserlösen haben. Daraus speist sich also diese Summe. Das ist auch gut so für den Sport.

Insofern verstehe ich Sie nicht so ganz, wenn Sie sagen, ich würde klare Prioritäten bei der Kultur setzen und nicht beim Sport. Ich finde, man sollte diese beiden Felder auf keinen Fall gegeneinander ausspielen. Wir müssen beides im Blick behalten, weil Kultur und Sport besonders wichtig sind für unsere Kommunen. Sie machen sie lebens- und liebenswert.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wichtigstes sportpolitisches Thema bleibt natürlich die Erschließung der bildungs-, der integrations- und gesundheitspolitischen Potenziale des Sportes. Wir brauchen Rahmenbedingungen, damit wir für alle Menschen in Nordrhein-Westfalen den Zugang zu Sport und Bewegung ermöglichen können.

Dafür haben wir einen geborenen Partner, der uns bei dieser Aufgabe unterstützt: Das ist der Landessportbund Nordrhein-Westfalen, mit dem wir einen Pakt für den Sport begonnen haben, den wir auch weiterentwickeln wollen. Wir sind in den Gesprächen. Wir wollen den Landessportbund auf Dauer verlässlich unterstützen und diese Unterstützung auch mit Geld unterlegen. Das macht den Unterschied aus. Nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten wollen wir das Ganze begleiten.

Im Übrigen gibt es eine zentrale Herausforderung für alle Sportvereine in Nordrhein-Westfalen, die auch der Landessportbund intensiv inhaltlich begleitet. Dabei geht es um Folgendes: Wenn wir unsere Schulen zu Ganztagschulen entwickeln wollen – das wollen wir; daran führt auch kein Weg vorbei, denn das ist der Weg in die Zukunft –, dann müssen wir dafür Sorge tragen, dass die Kooperation mit den Sportvereinen in besonderer Weise läuft. Denn die Sportvereine wollen Nachwuchs. Dafür ist eine Zusammenarbeit von Sportvereinen und Schulen in besonderer Weise wichtig.

Wir haben es geschafft, dass es inzwischen ca. 70 Stellen in Nordrhein-Westfalen gibt, die sich speziell dieser Kooperation von Schule und Sportvereinen widmen, über den Landessportbund getragen. Ich finde, das ist genau der richtige Weg, wie man hier die Nahtstellen noch enger verknüpfen kann. Das Ganze begleiten wir mit 2,8 Millionen € jährlich.

Deswegen haben wir auch das Programm „1000 mal 1000“ auf Sport im Ganzttag konzentriert, weil wir genau hier eine große Herausforderung für die Zukunft sehen. Ich glaube, das ist die richtige Entscheidung, dieses Programm in diese Richtung hin weiterzuentwickeln.

Wir stärken auch die Sportstättenförderung in den Kommunen nach wie vor, denn die Kommunen sind die größten Sportförderer in unserem Land. Wir stellen ihnen mit der Sportpauschale auch dieses Jahr wieder 50 Millionen € im GFG zur Verfügung.

Zum Thema „Inklusion“ möchte ich anmerken: Das beschäftigt uns alle, das beschäftigt natürlich auch die Kommunen in besonderer Weise. Ich weiß nicht, ob Sie teilnehmen konnten: Wir als Landesregierung haben gerade einen großen Kongress in Köln unterstützt, der sich genau dem Thema „Inklusion und Sport“ gewidmet hat, um zu diskutieren, Wege aufzuzeigen, was man tun kann, wie man Dinge weiterentwickeln kann. Vielleicht nehmen Sie sich das nächste Mal die Zeit, einfach dazuzukommen. Alle sind herzlich eingeladen.

Im Bereich Leistungssport wollen wir unser gut funktionierendes Verbundsystem Schule und Leistungssport weiter ausbauen und investieren in den Aufbau der NRW-Sportschulen, aber auch in die Sportschulen der Verbände und hier insbesondere in die Sportschule Wedau.

Auch ich möchte an dieser Stelle abschließend einen Dank aussprechen. Ich möchte dem Landessportbund, stellvertretend für unsere vielen Kooperationspartner im gemeinnützigen Sport, danken. Es ist eine wunderbare, gute und partnerschaftliche Zusammenarbeit. Deswegen konnten wir auch gemeinsam in diesem Jahr vieles voranbringen.

Den Mitgliedern des Sportausschusses möchte ich herzlich für Ihre Unterstützung danken und freue mich auf eine weiterhin konstruktive Zusammenarbeit. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin Schäfer. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit kann ich die Beratung zum Einzelplan 07 schließen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 07, und zwar zuerst über den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 16/1320**. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und den Piraten. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der Änderungsantrag mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen**.

Damit kommen wir zweitens zur Abstimmung über den jetzt so geänderten Einzelplan 07. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt uns in der **Beschlussempfehlung Drucksache 16/1207**, den Einzelplan 07 unverändert anzunehmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Enthaltungen? – Die Piraten. Mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis ist die Beschlussempfehlung **angenommen** und der **Einzelplan 07 verabschiedet**.

Bevor wir den Einzelplan 11 aufrufen, komme ich zur Abstimmung über Einzelplan 14, den wir vorhin debattiert, aber aufgrund der Verabredung bezüglich der Mittagszeit noch nicht abgestimmt haben. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 16/1214**, den Einzelplan 14 unverändert anzunehmen. Wer möchte dieser Beschlussempfehlung folgen? – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer möchte widersprechen? – Die Fraktionen von CDU, von FDP und von den Piraten. Möchte sich jemand enthalten? – Mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis ist die Beschlussempfehlung **angenommen** und der **Einzelplan 14 verabschiedet**.

Wir kommen nun zum

Einzelplan 11 Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales

Er hat folgende Teilbereiche: „Arbeit und berufliche Weiterbildung“, „Integration“ und „Soziales“.

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/1211 und eröffne die Beratung.

Wir beraten zuerst den

Teilbereich Arbeit und berufliche Weiterbildung

Für die CDU-Fraktion wird Herr Kollege Kern sprechen. Herr Kern, vielleicht warten Sie einfach, bis die Kollegen draußen sind; dann ist es etwas ruhiger. Ich würde mir diese Ruhe gönnen, Herr Kollege Kern.

Dann noch die Bitte an die Reihen der Landesregierung, insbesondere die zweite und dritte Reihe, sich gleich nicht wieder so laut zu unterhalten, schon gar nicht von der einen zur anderen Reihe. Das stört beim Zuhören.

Bitte sehr, Herr Kollege.